

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 277. Mittwoch, den 27. November 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Das Ausnahmegesetz.

Der Entwurf des Reichs-Vereinsgesetzes ist heraus. Gleichzeitig mit der Börsenreform wurde er der Öffentlichkeit übergeben. So kann der Freisinn gleich auf zwei Konzeptionen hinweisen, die er durch die Beteiligung am Block erzielt hat. Die Börsenreform ist die bare Zahlung, die er für seine Blockdienste erhält. Sie bringt seiner besitzenden Schicht greifbare Vorteile; wenn sie auch nicht alle Wünsche der Börse erfüllt, so enthält sie doch keine Verschlechterungen gegen den bisherigen Zustand. Das Vereinsgesetz ist im wesentlichen ein Gesetz für die Nichtbesitzenden, die allein durch die Vereinerung politischen Einfluß und wirtschaftliche Macht gewinnen können. Und deshalb glaubt die Regierung Bülow's dem Freisinn hier zumuten zu dürfen, daß er ein Ausnahmegesetz schlimmster Art apporriere und vor dem Lande als Konzession an den Liberalismus vertrete.

Denn ein Ausnahmegesetz schlimmster Art ist der Entwurf. Alles, was er an Verbesserungen bringt, wird mehr als aufgewogen durch die eine niederträchtige Bestimmung des § 7:

„Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausnahmen sind mit Genehmigung der Landeszentralbehörde zulässig.“

Das bedeutet die Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechts für die Polen und jede einer Regierung unbecommene Opposition nicht deutsch sprechender Reichsangehöriger, z. B. der französisch sprechenden Lotfringer, der dänischen Nordschleswiger usw. Es ist ausgeschlossen, daß eine Partei, die es ernst meint mit der Vereins- und Versammlungsfreiheit, einer solchen Ausnahmebestimmung zustimmen kann. Wie die preussische Regierung mit der Waffe dieses Paragraphen gegen die Polen wüten würde, das kann man sich leicht ausmalen, wenn man den fortlaufenden Skandal der Verwaltungspraxis gegen die Polen nur auf kurze Zeit einmal flüchtig verfolgt hat. Keine Partei, die das Recht der Nationalität anerkennt, darf es zulassen, daß der Polizeiwillekür gegen die nichtdeutschen Nationalitäten in Deutschland noch neue Gebiete eröffnet werden. Aber auch keine Partei, die der Arbeiterschaft das Recht auf Koalition mahnen will! Die Sprachenbestimmung ist nicht nur eine Ausnahmebestimmung gegen die nichtdeutschen Reichsangehörigen, sondern sie bedroht auch die deutschen Arbeiter! Bunt durcheinander gewürfelt hat die wirtschaftliche Entwicklung die Nationalitäten im Reich. Zu Hunderttausenden sitzen die polnischen Arbeiter in den Industriegebieten des Westens zwischen den deutschen. Ganze polnische Kolonien sind im Ruhrrevier entstanden. Scharenweise sind die polnischen Proletarier, die billigen und bedürfnislosen Arbeitskräfte von den „nationalen“ Sechsbaronen aus ihren ländlichen Bezirken nach dort geholt worden, um die „begehrlichen“ deutschen Arbeiter niederzuhalten. Das Bestreben der Unternehmer, jene in besonderen Wohnkolonien möglichst zu isolieren, wird erleichtert durch die milde Aufpeitschung des Nationalgefühls, die die wüste Behandlung mit der Polizeijustiz natürlich in den Polen ebenso sicher wie ungewollt vollbringt. Eng schließen sich die polnischen Arbeiter zusammen, feindselig schließen sie sich gegen alles Deutsche ab, das ihnen der Indebgriff der Vergewaltigung, der polizeilichen Knute ward. Eine Germanisierung findet nicht statt, der polnische Proletarier lernt im allgemeinen nicht mehr von der Sprache seiner verhassten Unterdrücker, als er zum äußersten Notbehelf bedarf. Wer auf ihn einwirken will, muß zu ihm in der Sprache seiner Heimat reden. So ist die Arbeit der Gewerkschaften in diesen sprachlich gemischten Gebieten erheblich erschwert, und das Verbot der polnischen Versammlungssprache, das die preussische Regierung ja ganz besonders in den ursprünglich reindeutschen Gebieten des Westens für berechtigt erklären wird, würde neue Hindernisse für die Bildung einer einheitlichen Phalanx der Arbeiter bedeuten. So schlägt die Sprachenbestimmung zwei Fliegen mit einer Klappe. Einmal gibt sie der preussischen Regierung neue Mittel zur Verstärkung ihrer gehässig-dummen Verfolgung der polnischen Bewegung, und außerdem hemmt sie die Arbeiterbewegung, hilft sie den Unternehmern, willige und billige Arbeitskräfte erhalten, bedroht sie die deutschen Arbeiter in ihrem Kampf um bessere Lebenshaltung, um menschenwürdige Arbeitsverhältnisse mit der künstlichen Konföderierung des Lohndrückertums.

Mit aller Energie wird die Sozialdemokratie innerhalb wie außerhalb des Reichstagsparlaments gegen diese gefährliche Bestimmung ankämpfen müssen. Die Gefahr und die brutale Ungerechtigkeit, die sie bedeutet, läßt sich auch den Christlichen und Hirsch-Dunckerschen Arbeitern leicht be-

greiflich machen. Indes wird die Regierung sicherlich dem Bestreben, diese Ausnahmebestimmung aus dem Gesetz herauszubringen, den zähesten Widerstand entgegenzusetzen. Die Begründung wird gerade zu diesem Punkte sehr energig, so schwach sie auch in der Materie selbst ist. Es ist leicht zu erkennen, daß die preussische Regierung einen ganz besonderen Wert auf die Annahme des § 7 legen wird; daß es an Drohungen vom Regierungstische aus nicht fehlen wird, an dieser Klippe das ganze Gesetz scheitern zu lassen. Wie solche Drohungen auf den Freisinn wirken werden, darüber kann man nach seiner neueren Entwicklung nur sehr pessimistische Vermutungen haben. Hat doch ohnehin die „Freisinnige Zeitung“ sich gegen das „Unannehmbar!“ der „Liberalen Korrespondenz“ aufgelehnt und erklärt, daß der Freisinn die Ausnahmebestimmung vorurteilsfrei prüfen werde! Um so nötiger ist, ihm durch eine energische Protestbewegung zu zeigen, was er durch die Zustimmung aufs Spiel setzt.

Sonst präsentiert sich der Entwurf auf den ersten Anblick ziemlich günstig — gemessen nach dem Maßstab des im preussisch-deutschen Polizeistaat zu Erwartenden. Aber doch nur auf den ersten Anblick. Da sieht man, daß die in den meisten Bundesstaaten bestehenden Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechts für Frauen und Minderjährige fortfallen, daß die Vereine nicht mehr, wie die meisten einzelstaatlichen Gesetze bestimmten, das Mitgliederverzeichnis einzureichen haben, daß die Befugnis der Polizei zum präventiven Versammlungs- und Vereinsverbot, wie sie die Gesetze von Hamburg, Sachsen, Elsaß-Lothringen und einigen anderen Staaten enthalten, beseitigt wird, daß der unsinnige Zustand aufhören soll, wonach eine angemeldete Versammlung aufgelöst werden konnte, wenn die Anmeldebekanntmachung nicht zur Stelle war. Das alles sind Verbesserungen, zweifellos. Aber ihr Wert darf nicht überschätzt werden.

Die Einschränkungen, die hier fallen, waren längst wirkungslos geworden. Die Beteiligung der Frauen am politischen Leben hat durch die Verbote der Vereinsgesetze nicht verhindert werden können, und was die Minderjährigen anlangt, so sagt die Begründung resigniert:

Für den völligen Verzicht des Entwurfs auf Beschränkungen für jugendliche Personen war in erster Linie die Erwägung maßgebend, daß Vereine und öffentliche Versammlungen nicht die einzigen Mittel sind, durch die ein politischer Einfluß auf Jugendliche möglich ist, daß daher durch eine Beschränkung auf diesem Gebiete nur ein Bruchteil der sich möglicherweise ergebenden Gefahren beseitigt wird.

Indes tröstet die Begründung die Reaktionen mit dem Hinweis auf den elterlichen Einfluß und die Handhabung der Schulzucht, auch das väterliche Züchtigungsrecht des Lehrherrn gegen den Lehrling wird nicht vergessen.

Daß die Regierung Bülow's nicht darauf verzichten würde, das Vereins- und Versammlungsleben unter polizeiliche Aufsicht zu stellen, war ja vorauszu sehen — die Aufrechterhaltung der Verpflichtung zur Anmeldung der Versammlungen und Vereine und Einreichung der Vorstandsliste und der Statuten bedeutet im allgemeinen wenigstens keine Verschlechterung des bisherigen Zustandes, zumal den wenigen Bundesstaaten mit freierlicheren Vereinsgesetzen durch den letzten Absatz des § 3 die Möglichkeit gegeben werden soll, die Anmeldepflicht für Versammlungen zu erlassen. Eine kleine Verbesserung für Preußen ist die Bestimmung des § 3, wonach in Wahlzeiten für Wählerversammlungen die Anmeldefrist auf 12 Stunden verkürzt wird. Die Freude wird indes erheblich beeinträchtigt durch den Wortlaut der Bestimmung, die von Versammlungen der Wahlberechtigten spricht und damit der Polizei die Möglichkeit gibt, solchen Versammlungen wegen der Anwesenheit von Frauen und nichtwahlberechtigten Männern Schwierigkeiten zu bereiten. Eine kleine Verbesserung liegt auch darin, daß künftig nur öffentliche Versammlungen angemeldet zu werden brauchen. Freilich brauchen deshalb die Vorstände sozialdemokratischer Vereine oder von Gewerkschaftszahlstellen nicht zu glauben, daß sie nun für Versammlungen ihrer Vereine, zu denen nur Mitglieder Zutritt haben, der Anmeldepflicht ledig sein würden. Die Begründung zerfließt diesen Optimismus durch die Anziehung eines Reichsgerichtsurteils, das da sagt, daß die Versammlungen eines Vereins von großer räumlicher Ausdehnung oder großer Mitgliederzahl und loser Organisation, bei denen Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft an geringe Voraussetzungen gebunden sind, allemal öffentliche Versammlungen sind. Immerhin werden Organisationen wie Agitationskomitees, Gewerkschaftskartelle, Arbeitervertretervereine und dergleichen die polizeiliche Überwachung los, die hier und da, wo eine besonders eifrige Polizei hauste, bisher noch stattfand, und die Anmeldepflicht fällt für sie fort.

Gleich der § 4 bringt indes eine erhebliche Verschlechterung gegen das geltende Recht in mehreren Bundesstaaten. Öffentliche Versammlungen unter freiem

Himmel und Umzüge werden ausnahmslos von polizeilicher Genehmigung abhängig gemacht. Für Preußen ist das allerdings der geltende Zustand, selbst im reaktionären Sachsen aber bedarf eine Versammlung, die auf einem Grundstück unter freiem Himmel stattfindet, nicht der Genehmigung, sondern nur, wenn sie auf öffentlichen Straßen und Plätzen in Städten und Ortschaften tagen soll. Allerdings sagt der § 4, daß die Genehmigung nur verweigert werden darf, wenn aus der Abhaltung Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu befürchten ist. Das ist aber ein schlechter Trost, da unsere Polizeibehörden bei solchen Versammlungen immer von allerlei bösen Ahnungen befallen zu werden pflegen; eine etwas größere Sicherheit gegen Polizeiwillkür würde erreicht sein, wenn wenigstens an Stelle des Kautschukbegriffs „Gefahr für die öffentliche Ordnung und Sicherheit“ der Begriff „Gefahr für die Verkehrssicherheit“ gesetzt würde.

Sehr bedenklich ist die Präzisierung der polizeilichen Auflösungsbeugnis in § 9. Sie stellt eine unauflösbare Verschlechterung gegen den jetzigen gesetzlichen Zustand in Preußen dar. Bisher ist ein Auflösungsgrund nur gegeben, wenn in der Versammlung Anträge und Vorschläge erteilt werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten. Künftig soll der Überwachende auflösen dürfen, wenn Rednern, deren Ausführungen den Tatbestand eines Verbrechens oder eines nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehens enthalten, auf polizeiliches Verlangen vom Vorsitzenden nicht das Wort entzogen wird! Damit ist die Möglichkeit gegeben, eine Versammlung aufzulösen, sobald der Überwachende glaubt, daß ein Redner Staatseinrichtungen verächtlich gemacht oder eine Majestätsbeleidigung ausgesprochen habe, während der Vorsitzende glaubt, daß sich der Redner innerhalb der gesetzlichen Schranken gehalten hat. Bisher galt in Preußen selbst nach der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts der Grundsatz, daß die strafbare Äußerung eines einzelnen Redners kein Auflösungsgrund bilde — künftig soll das in größerem Umfange der Fall sein. Dem Überwachenden wird durch die Bestimmung des Entwurfs eine schwierige juristische Arbeit zugewiesen, die das Vermögen unserer Durchschnittsgendarmen und Schugleute weit übersteigt. Je weniger sie zu beurteilen wissen werden, was den Tatbestand eines Verbrechens oder eines Vergehens ausmacht, um so mehr werden sie geneigt sein, dem Redner Schranken zu setzen, lieber zu viel als zu wenig zu tun. Die Bestimmung bedeutet eine ganz besondere Gefährdung des Versammlungsrechts, eine erhebliche Verschlechterung gegen den bisherigen Zustand in den meisten deutschen Staaten.

Charakteristisch ist für den Entwurf die Höhe der Geldstrafe, die für die Verstöße gegen das Gesetz festgesetzt sind. Mit 600 Mark Maximum übersteigt sie um das Vierfache den Höchstfuß des jetzigen preussischen Gesetzes von 50 Talern.

Allen berechtigten Ansprüchen verjagt sich der Entwurf in den beiden §§ 15 und 16. Aufgehoben werden nicht die bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens. Das ist nicht unwesentlich. Reichsrecht geht allerdings vor Landesrecht, was aber bei solcher Gesetzesmacherei möglich ist, das zeigt uns der Umstand, daß die Gerichte noch heute den § 9 des alten preussischen Pressgesetzes für noch zu Recht bestehend, für nicht beseitigt durch das Reichs-Pressgesetz erachten und also heute noch in Preußen das Anschlageln von Plakaten, die nicht den geschäftlichen Verkehr betreffen, ohne polizeiliche Erlaubnis strafbar ist!

Es fehlt zudem jede Straandrohung gegen solche, welche die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes wider das Gesetz hindern, jede Strafbestimmung für Beamte, die das Vereins- und Versammlungsrecht der Bürger durch ungesetzliche Maßnahmen vergewaltigen. Und schließlich werden die Ausnahmegesetze gegen die Jesuiten und gegen die ländlichen Arbeiter und das Gesinde ausdrücklich aufrecht erhalten. Die Fassung der die letzteren betreffenden Bestimmung bietet sogar der Landesgesetzgebung die Möglichkeit, diese Ausnahmegesetze noch erheblich zu verschlechtern, denn während das betreffende preussische Gesetz nur die Verabredungen verbietet, spricht der Absatz 3 des § 16 des Entwurfs auch von Verbindungen, gibt somit die Möglichkeit, den ländlichen Arbeitern und dem Gesinde jedes Verbindungsrecht zu nehmen.

Daß der Entwurf keine Bestimmung zur Sicherung des Koalitionsrechtes enthält, kann danach nicht überraschen. Aber die Arbeiterschaft hat allen Anlaß, solche Bestimmungen dringlichst zu fordern!

Das ist der Entwurf, wie er bei der ersten Prüfung darstellt. Das Urteil der Sozialdemokratie, das Urteil jedes Politikers, der es ehrlich mit dem Volkswohle meint, kann demnach nur lauten: Unannehmbar! Die kleinen Verbesserungen können über die gewaltigen

Gefahren des Entwurfs nicht hinwegzudenken. Mit raffiniertester Berechnung hat die Reichsregierung ihn erst im letzten Augenblick der Öffentlichkeit übergeben. Man hofft, so mit der Beratung und Erledigung fertig zu werden, ehe der Volkszorn losbricht, ehe eine starke Protestbewegung in Gang kommt. Es ist an der klaffenbewußten Arbeiterschaft, diese Spekulation gründlich zuschanden zu machen.

Nieder mit dem Ausnahmegesetz!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen die Lebensmittelenerung.

Am Montag fand im Reichstage die Interpellation unserer Fraktion über die Lebensmittelenerung zur Beratung. Sie wurde vom Genossen Scheidemann in ausgezeichneter Weise begründet. Genosse Scheidemann sprach schon im vorigen und vorvorigen Jahre als erster Fraktionsredner bei unserer Interpellation über die Lebensmittelenerung. Jetzt handelt es sich um eine allgemeine Enerung, die, wie Genosse Scheidemann an der Hand eines außerordentlich reichen Materials überzeugend darlegte, sich nicht nur auf die notwendigen Lebensmittel beschränkt, wenn sie auch dort am drückendsten und deutlichsten hervortritt, sondern auch so ziemlich alle anderen im weiteren Sinne zum Konsum der breiten Massen einschließend. Genosse Scheidemann vergaß nicht den Hinweis auf die Großindustriellen, die es mit ihren Kanonen und Panzerplatten ebenso machen. Auch, daß dieselben Agrarier, die durch Grenzenenerung das nationale Schwein schützen, sperrangelweit das Reichsrot für ausländische Lohndrücker aufreißten, wurde nicht zu erwähnen vergessen, noch daß dieselben Herren zur Zeit durch Verböhrung des Vereinsrechts jede Befehrang ihrer eingeschleppten Kulis zu verhindern suchen. Als Hauptmittel gegen die Lebensmittelenerung brachte unser Redner die mindestens vorläufige Aufhebung der Getreidezölle in Vorschlag. Die Interpellation wurde beantwortet von dem neugebachenen Staatssekretär des Innern, Herr v. Seidemann-Hollweg tölpelt nicht; seine Form ist verbindlich; aber der Inhalt seiner Jugferrede war so rein agrarisch, daß die Rechte in einer wahren Pöbelskizze-Kauch verfehlt wurde. Es war eine Pöbelskizze-Rede ohne Sprachfehler, eine Agrarjappe mit etwas philosphischem Gewürz. Was der feine Seidemann-Hollweg im Geistesstil sagte, wiederholte Gustav Kossick im Bänkellängerton. Als Vorträger produzierte sich der Blockkardine von Königberg Gäßling, der die reine Veranschäulichung der Freihandelslehre mit der praktischen Veranschäulichung der Blockpolitik so gut und schlicht es eben gehen wollte zu verdingen suchte. Die reine Veranschäulichung des Freihandels in noch immer agrarisch; aber die praktische Veranschäulichung, will sagen, die zwei Dugend mit Reaktionshilfe eroberten oder behaupteten Mandate nötigen ihn zur Stellungnahme gegen die auch nur einseitige Aufhebung der Zölle. Herr Herzog vom Juraum schlug der Blockkardine und Blockstaben vor, ihre widerwärtigen Ansichten auf witterter Juraumlinie zu verdingen. Daß der heilige Pöbelskizze am dreimal heiligen Strohhaufen steht, verfehlt sich am Haube. Die Gerichtspraxis erfordert, anzuerkennen, daß die Rede Kossicks nach Form und Inhalt bedauernd über dem Gäßlingischen Nachwerk stand. Über auch Herr Kossick trug dem blockierten Agrarier ein Quantum von Rücksicht, des freien Ausführens die jüdische Farbe der Kossick'schen Rede. Der wieder durch Juraumzug veränderte Block befehllos, am folgenden Tage zunächst die Kossick'schen Redaktionen vorzuziehen.

Am Dienstag wurden die beiden Interpellationen über die Kohlenenerung verhandelt, deren eine von unserer Fraktion eingebracht worden ist, während die andere die Interpellation der Rechte trägt. Unsere Interpellation wurde vom Genossen Wolkensburger begründet. Selbst die Form des Rednerwortes hat mehr als einmal die außerordentlich reichen Kräfte der Reichsversammlung auf volksrechtlichem Gebiet zu bewundern vermocht. Ganz besonders in Wolkensburger ein ausgezeichneter Kenner des Kohlenwesens, wurde er doch auch von Reichsversammlern zu der bekannten Energie zurückgeführt. In ausgezeichneter Weise behandelte unsere Fraktionsredner die Kohlenenerung und die Kohlenbalkenenerung. Der jüdische Sinn des Kohlenbalkens verleiht ihm nicht zu einer grundlegenden Stellungnahme gegen Kossick nach dem Juraum'schen politischen Gesichtspunkt eines Genossen Wolkensburger des höchsten Ansehens in der Agrarier, den Kohlenenerungsfall, zurück und betont, daß nur eine Veranschäulichung der Bergwerke soziale Höhe haben kann. Der Vorkämpfer der konservativen Interpellation Genoss Kossick, sagt ungewöhnlich durch Kenntnis über die Durchschneidung hervor. Kossick und Kohlenenerung hat ein alter Bekanntergenosse Hans Seidemann und er hat schon mehr als einmal den Kohlenenerungen entgegengetreten. Wolkensburger sagt: Diese haben uns mit dem Hinweis auf die Energiezölle getrieben. Genoss Kossick möchte sich drücken und werden, wie er möchte, die engen Zusammenhänge der Kohlen- und der Lebensmittelenerung veranschäulicht er nicht wegzulassen. Die Interpellationen wurden beantwortet von dem verantwortlichen Handelsminister Delbrück, der auf die des verantwortlichen Abgeordneten Heß die Veranschäulichung des Kohlenenerungs übernahm. Dieser Stand wird gegen die Kohlenenerung ebenso viel wie gegen die Lebensmittelenerung, nämlich richtig. In der Veranschäulichung gegen Seidemann's von Seidemann und der Genoss Schreier's jüdisch über das Syndikat an. Der letztere beschränkt sich auch nicht mit dem Scherzen der Veranschäulichung an. Der Fraktionsredner eines die Fraktionsredner an als ungewöhnliches Nachwort gegen alle Scherzen. Der Reichsminister Heß hat nicht den besten Erfolg seiner Fraktion, der agrarischen und der industriellen, gezeigt zu werden. Die Reichsminister haben in der Veranschäulichung der konservativen Interpellation nicht zu versagen. Ein in zwei mit Heß genannt; aber dieser nennt Kossick und Heß nicht mit seiner Scherz jüdischer Kossick. Der Ver-

jamin des Hauses, Strejemann, trieb innerhalb nationalliberaler Grenzen etwas Sozialpolitik. Am besten von den bürgerlichen Rednern sprach Gothein, der ziemlich energisch die Achtung der staatsbürgerlichen Rechte der fiskalischen Bergarbeiter forderte. Dann kam der fällige Vertagungsantrag des Blocks. In einer persönlichen Bemerkung stellte Genosse Hue Abrechnung mit dem Minister Delbrück in Aussicht. Ein Schwerinstag wird heute nicht abgehalten. Genosse Singer wies zur Geschäftsordnung auf die beliebte Methode hin, durch Ausfall der Schwerinstage die Schlußdiätenzahl noch zu beschleunigen. Am Mittwoch gibt es ein Menü kleinerer Vorlagen.

Wofür das Reich Schulden macht!

Dem Reichstage ist eine Denkschrift über die Ausführung der seit dem Jahre 1875 erlassenen Anleihegesetze zugegangen. Nach der Denkschrift betrug die Reichsschuld am 1. Oktober 1907 4 003 500 000 Mk. Aus der Darstellung der aus Anleihemitteln gedeckten Ausgaben ergibt sich, daß weit über 3 Milliarden der Anleihen für den Militarismus in seinen verschiedenen Formen verwendet worden sind, nämlich für das Heer, die Flotte, den Kolonialmilitarismus, militärische Bahnen, Festungsanlagen usw.

Da die Marine allein nach der neuen Marinebedarfschrift künftig pro Jahr mindestens 100 Millionen Mk. kosten wird, und da sich die Kolonialausgaben gegen 1908 mehr als verdoppelt haben, kann man sich ein Bild davon machen, in welchem Tempo die Schuldenvermehrung des Reiches künftig vorstatten gehen wird!

Der Flotten-Verein und seine janbere Kinderlektüre.

Hiel Jantam schlagen die Flottenvereine mit ihrem Flottenkalender, den ein Kontre-Admiral M. Blüddemann herausgibt und namentlich für die Jugend bestimmt ist. Daß aber auch bei den Flottenleuten der Zweck die Mittel heiligt, zeigt uns ein Blick auf die Sinerate dieses Kalenders. Zum Beweise des Gesagten führen wir an:

Ein Inserat über interessante Bücher (Wie man Liebe erweckt und erhält, das weibliche Geschlecht erliebt macht, — was man zu beachten hat, wenn man ein reiches Mädchen erobert will, — die geheimen Mächte der Hypnose, die „pikantesen Wege“ usw.); ein anderes Inserat preist ein Buch über die Geheimnisse des Glücks in der Liebe und wie man ein richtiger Don Juan wird, ein drittes Inserat betrifft enthaltene menschliche Mächte, geheime Liebesmächte; ein viertes ein Lehrbuch, Liebe einzuschließen, zu erhalten und zu vermindern, welches verschlossen verfaßt wird. Natürlich steht auch Dr. Retaus Selbstbewahrung nicht und als letztes steht eine Firma „interessante und lehrreiche Bücher“ an, z. B. die geheimen Mächte der Hypnose usw. Warum eine Frankfurter Firma in solcher Nachbarschaft „alle isandoren Artikel“ anbietet, bedarf auch wohl keiner weiteren Erklärung. Zahllos sind die ganz und halbfeinigen Inserate mit Anpreisungen von Geheimmitteln, die merkwürdigerweise sämtlich von den verächtlichsten Londoner Firmen ausgehen und kostenfrei zur Probe angeboten werden. Darunter sind mehrere Mittel gegen Nympha, Freudenlosigkeit für nervöse Männer, Mittel gegen Magerkeit, Mittel gegen Abgemindertes und ähnliches, Mittel, um ein schönes Gesicht zu erlangen, Mittel für Straßleidende, Augenleidende, Kettenerkrankung in Hülle und Fülle, Darmmittel, zwei Mittel, groß zu werden. Auch ein Angebot von Darlehen für jede Lebenslage steht natürlich nicht.

Heiß die deutsche patriotische Jugend, daß du so eingekauft wirst. Wie aus einem langen Artikel der „L. R.“ hervorgeht, datiert dieser (wie sie es selbst nennt) grobe Unfug schon seit Jahren und der Kalender wird Kindern sogar als Schulprämie angeschrieben! Und das jetzt über Sittenverderber der Jugend durch sozialdemokratische ideale Jugendorganisationen!

Wassermann berichtigt.

In der Mitteilung, die auf Fogergesprächen im Reichstag beruht, daß der Abgeordnete Wassermann in Wiesbaden in einer vertraulichen Sitzung geäußert habe, der Block werde keine lange Lebensdauer haben, sondern daß er der abweichenden Meinung der Linksliberalen zu Grunde gehen. Geschiehe das und erfolge alsdann abermals eine Auflösung des Reichstages, so müßte die ganze Schuld für diesen Zusammenbruch des Blocks den Linksliberalen zugerechnet werden. Die Nationalliberalen hätten dann die Aussicht, einen großen Teil der Mandate der Linksliberalen zu erobern — und damit wäre ein neuer Block gesichert — bemerkt die „Nationalztg.“: Herr Wassermann ermächtigt uns zu der Erklärung, daß diese Geschichte von Anfang bis zu Ende jetzt erdichtet ist.

Die Fahrkartensteuer.

Der „Köln Zeitung“ wird aus Berlin gemeldet: „Soweit es überhaupt in der am Donnerstag hier abgehaltenen Konferenz von Vertretern der deutschen Eisenbahnstaaten zu Beschlüssen gekommen ist, bedürfen sie natürlich der Nachprüfung und Genehmigung der einzelnen Regierungen. Das Hauptergebnis der Verhandlungen war, wie uns mitgeteilt wird, das junge getriebene erste Eisenbahnstaats darüber, in welcher Weise die verschiedenen bei der Durchführung der Tarifreform bisher beobachteten Mängel sich werden beseitigen lassen können. Auch darüber herrschte kein Zweifel, daß die Erwartungen, die man an die Tarifreform knüpfen zu können glaubte, vielfach deswegen nicht als zureichend sich erwiesen haben, weil zeitlich die Tarifreform mit der Fahrkartensteuer zusammenfiel. Wie von Fachmännern schon vor der Einführung der Tarifreformener befürchtet wurde, hat infolge der geringen Reichsenerhöhung durch die Reform und der gleichzeitigen erheblichen Verteuerung der Fahrkarten durch die Tarifreformener eine in den drei oberen Wagenklassen fast gleichmäßige Abwanderung in die niederen Klassen stattgefunden, während der Verkehr in der vierten Klasse erheblich zugenommen hat. Ferner mag über die Fahrkartensteuer konstatiert werden, wie man weiß, der Überzeugung kann nach den schon in der kürzlich Zeit ihres Bestehens gemachten Erfahrungen sich niemand mehr verschließen, daß die in Deutschland gewählte Form der Fahrkarten-

steuer nun zu erwägen ist und die Steuer mindestens der Abänderung bedarf. Bekanntlich ist eine solche auch von den beiden Häusern des preussischen Landtags schon aufs dringendste beifürwortet worden und wird sicher auch in diesem Winter wieder vorgeschlagen werden. Ob überhaupt die Fahrkartensteuer dem Reiche mehr eingebracht hat, als die Eisenbahnstaaten an Einnahmen durch sie verloren haben, steht noch keineswegs fest. Es ist daher kein Wunder, daß in den Parlamenten der einzelnen Bundesstaaten eine derartige, für die Gesamtheit des Reiches keine wirkliche Einnahme erzielende lästige Steuer keine Freunde besitzt.“

Daß es so kommen würde, ist sofort bei Auftauchen des Fahrkartensteuerprojekts gesagt worden; aber die Steuerkünstler des Reichstages haben sich dadurch nicht abhalten lassen, die Schröpfung des Publikums zu unternehmen. Eine „Reform“ der Fahrkartensteuer würden diese Herren auch wohl nur in der Weise versuchen, daß die bisher freigebliebene vierte Klasse ebenfalls mit dem Zuschlag bedacht wird.

Vernünftigerweise dürfte deshalb überhaupt nicht von einer Abänderung, sondern nur von einer Aufhebung der Fahrkartensteuer gesprochen werden.

Neues aus Südwest.

Aus Deutsch-Südwestafrika wird amtlich gemeldet: Eine Pferdewache bei Roes wurde am Abend des 20. November von einer Hottentottenbande angefallen. Verletzt wurde niemand; die Tiere sind geborgen. Mehrere Patrouillen nahmen die Verfolgung auf. — Aus Südwest kommt immer etwas Neues, aber selten etwas Gutes!

Doppelt genäht hält besser.

So denkt offenbar ein Berliner Korrespondent des nationalliberalen „Hann. Cour.“ der den Stein der Weisen gefunden hat, womit er den Block aus seinen Steuern öden zu befreien gedenkt. Bekanntlich will die linke Hälfte des Blocks — so sagt sie wenigstens vorläufig — keine indirekten Steuern mehr bewilligen, die rechte Hälfte aber nicht in den sauren Apfel direkter Reichssteuern beißen. Da weiß nun der Weise des „Hann. Cour.“ Rat. Er schreibt pffiffig:

Da man jetzt endlich mit der Finanznot von Grund aus aufräumen soll, bleibt der andere Weg: beide Steuerarten zu gleicher Zeit anzuwenden. Dann ist keine der Parteien Siegerin, keine Besiegte und — das Reich ist seiner Sorgen ledig. Viele Leute, die jetzt die Überzeugung ängstlich in ihrem Busen bewahren, daß Tabak, Bier und Branntwein stärker herangezogen werden könnten, werden ihn ruhig aussprechen, wenn sie ihren Anhängern jagen dürfen, daß die reichen Leute nun auch noch von Reichswegen dran glauben müssen; die anderen werden die mißvergnügten Besitzenden mit dem Hinweis auf die Opferwilligkeit der großen Masse festlegen. Man versuche nur: es geht! In die technische Unmöglichkeit direkter Reichssteuern glaubt ja niemand; auf der anderen Seite aber ist es zweifellos angängig, bei neuen indirekten Steuern die im Einkommen untersten Schichten der Bevölkerung so gut wie unbehehellig zu lassen. Die Zusammenfoppelung von rechts und links im Block kann durch die Finanznot geprengt werden. Gerade sie kann aber auch, wenn sie zu dem soeben gezeichneten Zwecke ausgenützt wird, den glänzendsten Erfolg zeitigen: mit einem gewaltigen Ruck das Reich für immer auf die Füße zu stellen. So wird es jedenfalls kommen, kommen müssen; zwar nicht in dieser Session, aber in einer der allernächsten.“

Es ist nicht unmöglich, daß der Pffiffikus Recht behält, daß es so kommen wird, daß nämlich die Rechte des Blocks ein minimales direktes Reichssteuerchen zugeföhrt, das den Reichen nicht wehrt, aber der Linken einen hübschen Vorwand bietet, ihr Gewissen zu salbieren und den Wählern Sand in die Augen zu streuen. Die Steuerzahler aus den großen Massen mögen sich dann damit trösten, daß die reichen Leute auch „daran glauben“ müssen. Selbst wenn es damit ernst gemeint wäre, bliebe das für die Armen ein schlechter Trost, denn für sie ist auch die kleinste Mehrbelastung zu viel. Sie werden sich durch diese Art von „ausgleichender Gerechtigkeit“ denn auch nicht täuschen lassen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 27. November.

Seltjam. Im „Landboten“ lehnt Herr Heise jetzt für sich und den Bürgerrechtsverein jede Gemeinschaft mit dem Vaterstädtischen Verein ab. Das klingt sehr seltsam, wenn man die Tatsache in Betracht zieht, daß bereits vor zwei Jahren alles mögliche versucht wurde, um Herrn Heise zum Kandidaten des Vaterstädtischen Vereins zu machen, trotzdem er in seinem Blatt diesen Verein auf das schärfste angegriffen hatte. Damals war es Herr Julius Klein, der in scharfer Weise dieses Vorgehen des Herausgebers des „Landboten“ und seiner Freunde bekämpfte. Jetzt wo Herr Heise sein Ziel mit Hilfe des Vaterstädtischen Vereins erreicht hat, hält er es für notwendig zu betonen, daß vom Bürgerrechtsverein mit dem Vaterstädtischen Verein ein Kompromiß nicht abgeschlossen worden sei. Vielleicht bestreitet er auch noch, als Kandidat des Vaterstädtischen Vereins gewählt zu sein, wahr bleibt's deshalb aber doch!

Öffentliche Gewerkschaftsversammlung. In der am Montagabend abgehaltenen Versammlung sämtlicher Gewerkschaften erörterten die bisherigen Gewerbegerichtsbeisitzer Bericht über ihre Tätigkeit und die Tätigkeit des Gewerbegerichts überhaupt. Die Beisitzer Körner, Hoff und Lührer gaben den Bericht. Konstatiert werden konnte, daß das Lübecker Gewerbegericht, was die Abwicklung der Geschäfte anbelangt, schnell und prompt arbeitet; die Hälfte der Klagen wird in der ersten Sitzung erledigt, die andere Hälfte wird fast nach zwei Sitzungen erledigt und nur bei einem kleinen Teil der Klagen kommen es wegen Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zu einer dritten Sitzung. Die Klagen, die seitens der Vorstehenden bei Ver gleichsentscheidungen oftmals eine kleine Prellung vorgenommen werde, hören man überall und lomscherweise auch aus den Kreisen der Arbeitgeber. Dagegen könne man sich als Kläger nur schützen, wenn man seiner Sache sicher sei, indem man den Vergleich ablehnt. — Die Versammlung stellte alsdann die nachstehenden Genossen für die kommenden Beisitzerwahlen als Kandidaten auf: Als Beisitzer: Burzloff, Carl Friedrich, Döpfer, Freyher, Gustav Carl Heinrich, Tabakpinner, Peitmann, Heinrich Martz, Arbeiter, Hoff, Heinrich Max Paul, Eisenbrecher, Koop, Johann Joachim Christian, Arbeiter, Koops, Hermann Ernst Heinrich, Zimmerer, Bäuerer, Johann Joachim Friedrich, Buchdrucker, Köller, Johann Heinrich Friedrich, Gasenarbeiter, Reuschel, Christian August Friedr. Theodor.

Kellner, Steen, Hermann Friedrich, Maurer, Wols, Heinrich Christian Friedrich, Tischler, Wels, August Albert, Bäcker, als Gesandter: Beuthling, Bernh. Christian Wilhelm, Müller, Gahlenbeck, Friedrich August Georg, Steinbrücker, Kuge, Johann Carl August, Schmidt, Thies, Christian Johann Peter, Böttcher, Zralan, Hans Heinrich Wilhelm, Steinfeger, Waldburger, Robert, Buchbinder.

Das Seeamt verhandelte in seiner letzten Sitzung über den am 4. November auf der Trave erfolgten Zusammenstoß des schwedischen Gasseldampfers „Emma“ mit dem Flussdampfer „Nr. 280“ und dem Bugspierdampfer „Lübeck“. Der Spruch lautete: Der Zusammenstoß ist dadurch verursacht, daß der Führer des Schleppdampfers „Lübeck“ dessen Kurs verkehrter Weise geändert hat, weil er infolge von Schwerkraftigkeit das Signal des Schleppdampfers „Wakenig“ falsch verstanden hatte. — Die zweite Sache, mit dem sich das Seeamt zu beschäftigen hatte, betraf die Strandung des Lübecker Dampfers „Lübeck“ bei Staßanger am 4. September dieses Jahres. Das Seeamt gab den folgenden Spruch ab: Die Strandung ist dadurch verursacht, daß der Lotsen unvorsichtiger Weise den Kurs nicht durch den Rindbo-Fjord, sondern durch den schmalen und mit Klippen besetzten Sund zwischen den Inseln Gima und Ladnoen genommen und daß der Schiffer Schmale, obgleich er wußte, daß der Lotsen diesen Kurs nehmen wollte, dies dem Lotsen nicht verboten hat. — Die letzte Sache betraf die am 27. Juli d. J. erfolgte Strandung des Lübecker Dampfers „Dornmund“ bei Blackhallan an der Ostküste von Schweden. Das Schiff ist wieder flott geworden. Das Seeamt enthielt wie folgt: Die Strandung ist durch unberechenbare Strömungen, vielleicht auch durch eine magnetische Einwirkung auf den Kompaß verursacht. Der Schiffer Behrens hat seine Pflicht dadurch verletzt, daß er nicht gelotet hat.

Zu Krämpfe gefallen. Gestern nachmittag verfiel ein etwa 30-jähriger Arbeiter in der Moissinger Allee, unweit der 2. St. Lorenz-Schule, wiederholt in Krämpfe. Passanten riefen den gerade gegenüberwohnenden Arzt Dr. med. Spies, der auch sofort erschien, zu Hilfe. Der Bedauernswerte wurde per Käderbare fortgeschafft.

Gastspiel Fochhammer. Wie wir erfahren, ist es der Direktion des Stadttheater-Provisoriums gelungen, einen Gastspielvertrag zustande zu bringen, der von allen Theaterbesuchern freudig begrüßt werden wird. Herr Einar Fochhammer, der berühmte Helldentenor des Frankfurter Opernhauses, ist für ein einmaliges Gastspiel verpflichtet worden. Der Künstler wird am Dienstag, den 3. Dezember, in einer seiner Glanzpartien auftreten.

Erhängt hat sich heute morgen gegen 8 Uhr auf dem Schießstand vor dem Hofstentor ein Soldat des Regiments Nr. 162. Die Gründe, welche den Lebensmüden zum Selbstmord getrieben haben, sind bisher nicht bekannt geworden.

Was schenken wir unseren Kindern? Immer näher rückt das Weihnachtsfest heran. In den Schaufenstern sind die Schätze der Industrie, die Erzeugnisse tausender fleißiger Menschenhände aufgestapelt. Die Warenhäuser haben ihre Geschenke-Ausstellungen stimmungsvoll und mit reizvollen Raffinement arrangiert, alle Künfte sind aufgewendet um die Kauflustigen heranzulocken. Da Weihnachten durch die Tradition vorwiegend zum Fest der Kinder gestempelt ist, so ist es ganz natürlich, daß bei den Eltern die Frage, mit welchen Gegenständen sie ihre Liebblinge erfreuen sollen, immerhin einiges Nachdenken und Überlegung erfordert. Die Qual der Wahl wird bei denen außerordentlich erleichtert, die sich im Besitze eines umfangreichen und wohlgeordneten Geldbeutels befinden. Anders aber bei jenen, welche nach dem unersforschlichen Ratsschluß der Vorsehung verurteilt sind, ausschließlich auf ihrer Hände Ertrag angewiesen, ohne jegliche Glücksgüter auf Erden auszukommen. Die proletarischen Eltern möchten am Weihnachtsabend auch glückstrahlende Kinderaugen sehen und legen sich deshalb lieber selbst Beschränkungen auf, ehe sie diese Freude missen wollten. Da heißt es nun, mit den spärlichen Mitteln haushalten und sie zweckmäßig und nützlich anzuwenden. Deshalb aufgepaßt ihr Mütter, ruhig prüfen und wägen. Legt eure schwer verdienten Groschen nicht in brüchigen Sand, in Splitter und ungeeigneten Krimskräms an, sondern sucht für die kleinen Gegenstände aus, die neben dem angenehmen auch dem praktischen Zweck dienen. Ein Spielzeug soll nicht nur erfreuen, es soll auch vor allen Dingen das Kind zum Denken anregen, auf den praktischen Sinn einwirken, die Intelligenz wecken und ihnen Gelegenheit geben, seine Fähigkeit zu erproben und seine Geschicklichkeit zu entwickeln. Etwas, womit man bei Kindern veredelnd und belehrend auf Geist und Gemüt einwirken kann, und was wir aufs wärmste empfehlen können, sind Märchen- und Bilderbücher. Aber nicht die ersten besten, denn damit kann man unheilbaren Schaden anrichten. Zuletzt noch an alle Eltern die dringende Aufforderung: Kauft keine Säbel, Flinten, Uniformen! Bedenkt man, daß die Eindrücke in der Jugend sich am tiefsten einprägen und oft fürs spätere Leben nachhaltig wirken, so ist die Warnung nur zu berechtigt. Fort aus dem Hause mit dem närrischen Munder! Früh genug fallen die Söhne des Volkes dem Moloch zum Opfer, früh genug müssen sie ihm ihre schönsten Jugendjahre, ihre Gesundheit und oft ihr Leben opfern. Früh genug kommen sie in die militärische Dressuranstalt, wo sie auf den „inneren“ Feind abgerichtet werden, um im gegebenen Moment auf Vater und Mutter zu schießen! Darum noch einmal: Fort aus dem Hause mit dem bunten, närrischen Munder!

Stadttheater-Provisorium. Aus der Theater-Kanzlei schreibt man uns: In der morgigen „Troubadour“-Aufführung treten die beliebten Sängerrinnen resp. Sängere auf. Für den ersten literarischen Abend am Freitag gibt sich bereits ein reges Interesse kund. Die künstlerische Zusammenstellung der Darbietungen „Philotas“ von Lessing, „Der Bürgergeneral“ von Goethe und „Der zerbrochene Krug“ von Kleist ist so recht angetan, durch ihre Bediegenheit alle Theaterbesucher zu erfreuen. Sonnabend wird Gerhart Hauptmanns „Die versunkene Glocke“ zum Einheitspreise von 50 Pf. auf allen Plätzen des Theaters, zum letzten Male wiederholt.

§ Politik. Die Volks-Versammlung, die am Sonntag, den 24. November im Lokale des Herrn E. Lütge stattfand, war von ungefähr 350 Personen besucht, welche den Ausführungen der Genossin Zieg-Hamburg über das Thema: „Was bietet die Sozialdemokratie den ländlichen Arbeitern und Arbeiterinnen“ in aufmerksamer Weise lauschten. Genossin Zieg führte den Anwesenden in klarer und verständlicher Weise die Ausbeutung der Landarbeiter und Arbeiterinnen durch die Großgrundbesitzer vor Augen. Am Schlusse ihres Referats beleuchtete die Genossin Zieg noch das preussische Wahlrecht und forderte alle Anwesenden auf, mit allen Kräften an der Änderung des Landtagswahlrechts mitzuarbeiten und nicht eher zu ruhen, bis es auch in Preußen den Arbeitern und Arbeiterinnen möglich ist, durch ihre Stimmabgabe solche Vertreter in den Landtag zu entsenden, welche auch für die Interessen der arbeitenden Klassen eintreten. In ihrem Schlußworte richtete Genossin Zieg noch einen kräftigen Appell an die Frauen und forderte dieselben auf, durch freiwillige Beiträge ihre Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei zu beweisen. Es meldeten sich über 20 Frauen, welche dieser Aufforderung folgten. Es wurde aus der Versammlung folgende Resolution eingebracht: „Die heute am 24. November 1907 im Lokale des Herrn E. Lütge tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin voll und ganz einverstanden. Sie erhebt klammenden Protest gegen die Schmach und das Unrecht des Dreiklassenwahlrechts; die Versammelten versprechen, mit allen Kräften und Mitteln den Kampf gegen das elendeste aller Wahlsysteme zu führen und nicht eher zu rufen, bis sie dasselbe zertrennen und auf den Trümmern das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts, vom 20. Lebensjahre an, aufgebaut haben.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in das alle Anwesenden einstimmten, gingen die Versammelten auseinander.

Hamburg. Aus der Schule geplaudert. Man wird sich noch der Schauererzählungen erinnern, die in der bürgerlichen Presse zur Zeit der Russperrung der Schauerleute über den Terrorismus der Streikenden gegen die englischen Arbeitswilligen aufgetischt wurden. Sogar mit „Nagelbombardement“ und Revolveranschüssen sollten die Arbeitswilligen, als sie ihre schwimmenden „Hotels“ verlassen wollten, von den „Streikenden“ bedroht worden sein. Jetzt hat der Kapitän Schuch von der Hamburg-Amerika-Linie als Zeuge vor dem englischen Gericht, das sich mit der schon erwähnten Entschädigungsklage englischer Arbeitswilliger gegen die Hamburg-Amerika-Linie beschäftigte, aus der Schule geplaudert und bekannt, daß es sich bei diesen Schauererzählungen lediglich um einen plumpen und frechen Scherz der Schwindler gehandelt hat. Nach einem Bericht des „Hamburger Fremdenblatt“ erklärte der Kläger, ein Mann namens Henry John Sedgbeer, daß er und andere Streikbrecher willig gewesen seien, weiter zu arbeiten, daß aber die Hamburger Hafenarbeiter gegen sie eine so bedrohliche Stellung eingenommen hätten, daß sie bei dem Mangel an Schutz sich ihres Lebens nicht sicher fühlten. Einmal sei, als sie das Kasernenschiff verließen, auf sie geseuert worden. Die Quittung sei er gezwungen gewesen zu unterschreiben, da man ihm sagte, wenn er es nicht täte, würde er nicht die Freifahrt nach London erhalten, und da er kein Geld besaß, war er gezwungen, zu nehmen, was man ihm gab. Demgegenüber bezugte der Kapitän Schuch von der Hamburg-Amerika-Linie: er sei während des Ausstandes Inspektor der Kasernenschiffe gewesen, in denen die englischen Arbeiter untergebracht worden waren. Einige hätten ihm viel zu schaffen gemacht, denn nicht alle seien nach Hamburg gekommen, um zu arbeiten und einige sagten ihm ganz offen, sie hätten die Gelegenheit benutzt, um einen Ausflug zu machen, und nicht, um zu arbeiten. Nach Beilegung des Ausstandes seien nicht wenige der englischen Arbeiter willig gewesen, in Hamburg zu bleiben und weiter zu arbeiten, sie seien aber durch ihre eigenen Landsleute durch Drohungen eingeschüchtert und bewogen worden, nicht weiter zu arbeiten. Mit den Ausschreitungen der Hamburger Hafenarbeiter gegen die englischen Arbeiter habe es auch keine guten Wege gehabt. Einer sei durch eine Flasche, die man ihm an den Kopf geworfen, allerdings verwundet worden; es geschah dies aber an einem Sonntag, wo den Leuten ausdrücklich verboten war, an Land zu gehen. Der abgegebene Schutz gegen das Boot, in dem sich englische Arbeiter befanden, sei ein Schreckschuß gewesen, um sie zu bewegen, zum Kasernenschiff zurückzukehren, das sie ohne Erlaubnis verlassen hatten, um eine Spazierfahrt im Hafen zu unternehmen. Hier

wird also von authentischer Seite zugegeben, daß von Ausschreitungen der Hamburger gegen die Engländer keine Rede sein könne. Nur einer sei einmal mit einer Flasche geworfen worden. Die Revolveranschüsse aber entpuppt sich als ein Manöver der Reeder, um die Engländer zu erschrecken und vom Verlassen der Kasernenschiffe abzuhalten! Die englischen Seeleute selbst haben ihre arbeitswilligen Landsleute durch Bedrohung von der Arbeit abgehalten! Mit diesen vom Kapitän Schuch gegebenen Tatsachen vergleiche man die Schwimdelmären der bürgerlichen Presse. Man weiß dann, was man bei wirtschaftlichen Kämpfen von der Berichterstattung der bürgerlichen Presse zu halten hat. Vielleicht läßt sich eines schönen Tages auch die berühmte „Anarchisten-Flugblatt-Affäre“, über die der Oberstaatsanwalt sich noch immer ausschweigt, als ein freches Scherzstück-Manöver auf.

Kiel. Stadtverordnetenwahl. Am gestrigen zweiten Tage der Stadtverordnetenwahl stiegen die sozialdemokratischen Stimmen um 400 höher als am ersten. Das bürgerliche Kartell hat mit geringer Majorität zwei Mandate behauptet. Nach neuester Zählung ist Gen. Grünning gewählt.

Hensburg. Bei der Stadtverordnetenwahl wurden die beiden bisherigen Stadtverordneten Rentner Kaper und Apotheker Haak mit 1278 bzw. 1253 Stimmen wiedergewählt. Die von den vereinigten Kommunalvereinen des Nordens der Stadt und dem Beamtenwahlverein aufgestellten Kandidaten Niendorff und Plambach erhielten nur 1068 bzw. 1067 Stimmen. Die Sozialdemokraten, welche bisher bei den Kommunalwahlen 32. 250 Stimmen abgaben, erreichten diesmal 769 bzw. 718 Stimmen. Es haben zirka 50 Proz. der wahlberechtigten Bürger von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht.

Theater und Musik.

Stadttheater-Provisorium. Siegfried, Musikdrama in 3 Aufzügen von Richard Wagner. Zweiter Tag aus der Tetralogie „Der Ring des Nibelungen.“ Es war ein kühnes Wagnis, das die Direktion unseres provisorischen Stadttheaters unternommen hat, als sie sich dazu verstieg, den „Siegfried“ herauszubringen. Ganz abgesehen davon, daß Wagner in seiner gewaltigen Tetralogie an die Sängere und Sängerrinnen Ansprüche stellt, die außerordentlich schwer zu erfüllen sind, wird auch ein spezieller Apparat gefordert, wie er in ausreichender Weise nur an großen Bühnen zu finden ist. Es wäre deshalb ungerecht, wenn man das Streben unserer Theaterleitung, das Beste zu bieten, verkennen oder falsch beurteilen wollte, wenn die zur Verfügung stehenden Mittel nicht immer ganz ausreichend sind. „Siegfried“ wird nie ein Zugstück werden und die angewandten Mühen und Kosten dürften sich kaum entsprechend lohnen. Angesichts dieser Tatsache ist es um so höher anzuschlagen, daß Herr Bjorkowski dennoch die Aufführung von Wagners Meisterwerk vornahm. In vollendeter Weise schildert Wagner im „Siegfried“ musikalisch den Zauber des Waldes. Doch nicht nur das. Der Untergang der Götter, den die Götterdämmerung selbst bringt, wird vorbereitet. Siegfried, der freieste Held, tötet Fasner und gelangt dadurch in den Besitz des Lohengrunds und Ringes. Er durchschreitet das Feuer, nachdem er Wotans Speer zersplittert und weckt Brünhilde, das herrlichste Weib. Wie bereits angedeutet, reichten die Mittel unserer Bühne nicht immer aus, um dem Werke voll gerecht zu werden. Beispielsweise das Feuer, das den Walkürenfels umbrennt, konnte keinen größeren Eindruck erzielen. Auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit zeigte sich unser ausgezeichnetes Orchester, das unter der begeisterten Leitung des Kapellmeisters Abendroth sein bestes bot. Den Siegfried sang Herr Robertz. Es ist ja nicht seine Schuld, daß ihm die Siegfriedsgestalt fehlt, aber die Illusion von dem lachenden Gelben verliert man bei seinem Anblick dennoch. Da auch die Stimme nicht den Glanz und den Schmelz der Jugend besitzt, so ist es erklärlich, wenn das Interesse für den Künstler nicht erwachen wollte, zumal auch die Darstellung nicht das stimmliche Manko zu verdecken geeignet war. Als Wanderer konnte Herr Engel den Wohlklang seines schönen Organs breit ausströmen lassen. Eine wirklich vorzügliche Leistung bot Herr Heinrich als tüchtiger Zwerg Mime. Es gelang ihm beinahe, dieses widerliche, heimtückische Geschöpf glaubhaft zu gestalten. Herr Ferling schuf als Alberich einen dämonischen Zwerg. Herr Dornberger als Fasner konnte genügen. Das gleiche läßt sich von der Erda des Fr. Bonander sagen. Weniger befriedigt hat uns Fr. Neumann als Stimme des Waldvogels. Die Stimme klang reichlich dünn und tonlos. Als Brünhilde trat erstmalig Fr. König von der Mornitz-Oper in Berlin vor das Lübecker Publikum. Die Künstlerin, in Erscheinung ganz die Tochter Wotans, verfügt über ein ausgiebiges, namentlich in der Mittellage volltönendes Organ, das allen Empfindungen den richtigen Ausdruck zu verleihen imstande ist. Auch die Darstellung war durchaus angemessen und zeugte von schönem Können. Das Publikum nahm die Vorstellung mit großem Beifall auf und rief die Hauptdarsteller mehrfach vor die Rampe.

P. L. Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: L. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Für erwiesene Aufmerksamkeit, Gratulationen und zahlreiche Geschenke zu unserer Althern Hochzeit sagen wir herzlichsten Dank.
August Horstmann u. Frau, geb. Langhof.

Unserem lieben Snut im Ziegenbocksgang zu seinem 49. Geburtstag ein donnerndes Hoch das Bein.
Mal 'n lütten spätn?
Frau Greve zu ihrem heutigen Tage ein dreifaches Hoch!

Nun rate mal.
2-Stubenwohnung zum 1. Dezember gesucht.
Neumann, Cronsförder Allee 107.
Gesucht zu Ostern:

Lehrling.
J. Westphal, Klempner und Mechaniker, Engelswisch 16.

Ges. z. Ost. 1908 ein Lehrling.
Aug. Burmeister, Tapezier u. Dekorateur, Brüderstr. 3a.

Gesucht 2 Bauarbeiter,
Stunde 50 Pf.
Bordier, Engelsgrube 59.

2 hochf. Divans, reell 10 Jahre Garantie.
Dasselbst werden Sofas und Sprungfeder-Matratzen mit 10 Jahre Garantie, aufgepolstert.
G. Becker, Eg. Lohberg 26.
Zu verkaufen eine Gangbnde. Näheres Alsheide 5, 11.

Zu kaufen gesucht ein guterhaltener Kinderwagen und eine Eisenbahn mit Schienen.
Off. u. S H an die Exped. d. Bl.

Zu kaufen gesucht ein guterhaltener Puppenwagen.
Off. u. D D an die Exped. d. Bl.

Turnverein für Stockelsdorf und Umgegend.

Ball mit turnerischen Aufführungen

am Sonntag, den 1. Dezember 1907
im Lokale des Herrn H. Dose, „Drei Kronen“.

Eintritt 60 Pf., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pf., wofür Garderobe. Ende morgens.
Der Vorstand.

Konzerthaus Friedrichshof.

Heute Mittwoch, den 27. November 1907:

**** Großes Tanzkränzchen. ****
Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt Herren 25 Pf. Damen frei. Otto Luck.

Zu verkaufen ein Sopha, neu, passend für junge Eheleute. Näheres Brüderstraße 3a.

Zu verkaufen ein guterhaltener Kinderwagen
Al. Burgstraße 21, Hinterhaus.

Ein hübscher schwarzer Kater
vom Rat, ist zu verkaufen.
Rosengarten 8/8.

Aufforderung

zur Teilnahme der am 25. Dezembr. (1. Weihnachtstag) im „Konzerthaus Flora“ stattfindenden großen Ringertkonkurrenz um die Meisterschaft von Lübeck für das Jahr 1908 und um die gestifteten Preise. Die Bedingungen sind im Klubtotal, Al. Burgstraße 25, einzusehen. Melbeschluß Sonntag, den 1. Dezember 1907.

Der Vorstand
des Athletenklubs „Janfa“
von 1888.

Klingenberg 5
Klingenberg 5
Klingenberg 5
Klingenberg 5

 Ecke
Marlesgrube.

Total-Ausverkauf

wegen



Auflösung der Firma Louis Levy.

Winter-Paletots, Anzüge
für
Herren, Burschen und Knaben.
Loden-Joppen,
Arbeiter-Garderoben, Schuhwaren
für
Herren, Damen und Kinder.

Die
Verkaufspreise
sind bis zur Hälfte des früheren Preises
herabgesetzt.

Mela Bergs weltberühmte Theater-Menagerie



trifft in den nächsten Tagen mit Sonderzug (14 Eisenbahnwaggons) hier ein.
2 Tierbändiger. 3 Tierbändigerinnen.
Spezialität:  **Moderne Raubtierdressuren.** 

Vorschuss- u. Spar-Verein in Lübeck.

Spareinlagen werden vom
ersten Januar 1908 an zu
dem erhöhten Satze von

3 1/2 v. H.

verzinst; feste Belegungen nach
Uebereinkunft.

Die Sicherheit der beim Ver-
ein belegten Gelder ist be-
kanntlich unübertroffen und
durch eine mehr als vierzig-
jährig, gewissenhafte Geschäfts-
führung erprobt.

Lübeck, d. 23. November 1907.

Der Vorstand.

Carl Folkers

Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25.

vollständige Wohn-Verrichtungen

Selbstgeleitete Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise.

Weitgehendste Garantie.

Zimmer-Einrichtungen stets vorräthig.

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

Bei Beschädigung Rabatt.

Zeitigung gebietet.

Gebe rote Rabattmarken.

Wir stellen für Hausstandskunden,
insbes. für Gäste u. Beamte die höchsten
Konten. Bestehen geräthig.
Karl Kleinold, Warenverkehrsstr. 25.

5 Visit-Karten

auf 8. Ellenbeinkarten
per 100 Stück von 1 Mk. an.

haben prange und mehr

die Druckerei des Lübk. Volksboten

Zeitungstr. 44.

Zum Weihnachtstisch

empfehlen unsere reiche Auswahl von

Bilderbüchern in feinsten Ausführung

schon von 10 Pfg. an. Ferner:

Märchenbücher, Jugendschriften, Ordnungsmappen

von den einfachsten bis zu den feinsten, in den verschiedensten
Preislagen.

Vereinen und Gewerkschaften, welche Kinderbescherungen ver-
anstalten, sind obige Sachen besonders empfohlen und gewähren
denselben besonderen Rabatt.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrasse 46.

Sämtliche Sachen sind auch durch unsere Kolporteurs zu beziehen.

Öffentliche Ausschreibung

für die Vergebung der Maurerarbeiten zum
Neubau der Lübk. Vereinsbrauerei auf dem
Gelände an der Moislinger Allee bei der
Ziegelei Buntefuh gelegen.

Die Unterlagen sind von den unterzeichneten
bauleitenden Architekten gegen eine Schreib-
gebühr von Mk. 1.— zu beziehen.

Offertenabgabe bis Dienstag den 3. Dez.,
mittags 12 Uhr, im Geschäftszimmer der Lübk.
Vereinsbrauerei e. G. m. b. H., Breite-
straße 53, I.

Lübeck, den 26. November 1907.

Schöss, Schöss & Redelstorff,

Architekten.

Lübeck, Mengstraße 10.

Deutscher

Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Heute Abend 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-

Versammlung

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom Unterhaltungsabend.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung

Ausspielen

von
fetten Gänsen, Karpfen
und Rindfleisch

auf einem Zieh-Billard
am Sonntag, den 1. Dezember.

Anfang morgens 11 Uhr.

Hierzu ladet freundlich ein

Otto Martiensen, Lindenstr. 13.

Hansa-Theater

Letzte Woche des

November = Spielplans.

Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.

(Provisorium)

Direktion: H. Ptorkowski.

Donnerstag, 28. November. 7 1/2 Uhr.

44. Abonn.-Vorst. 9. Donn.-Abonn.

Zum letzten Male:

Der Troubadour.

Oper in 4 Akten von Verdi.

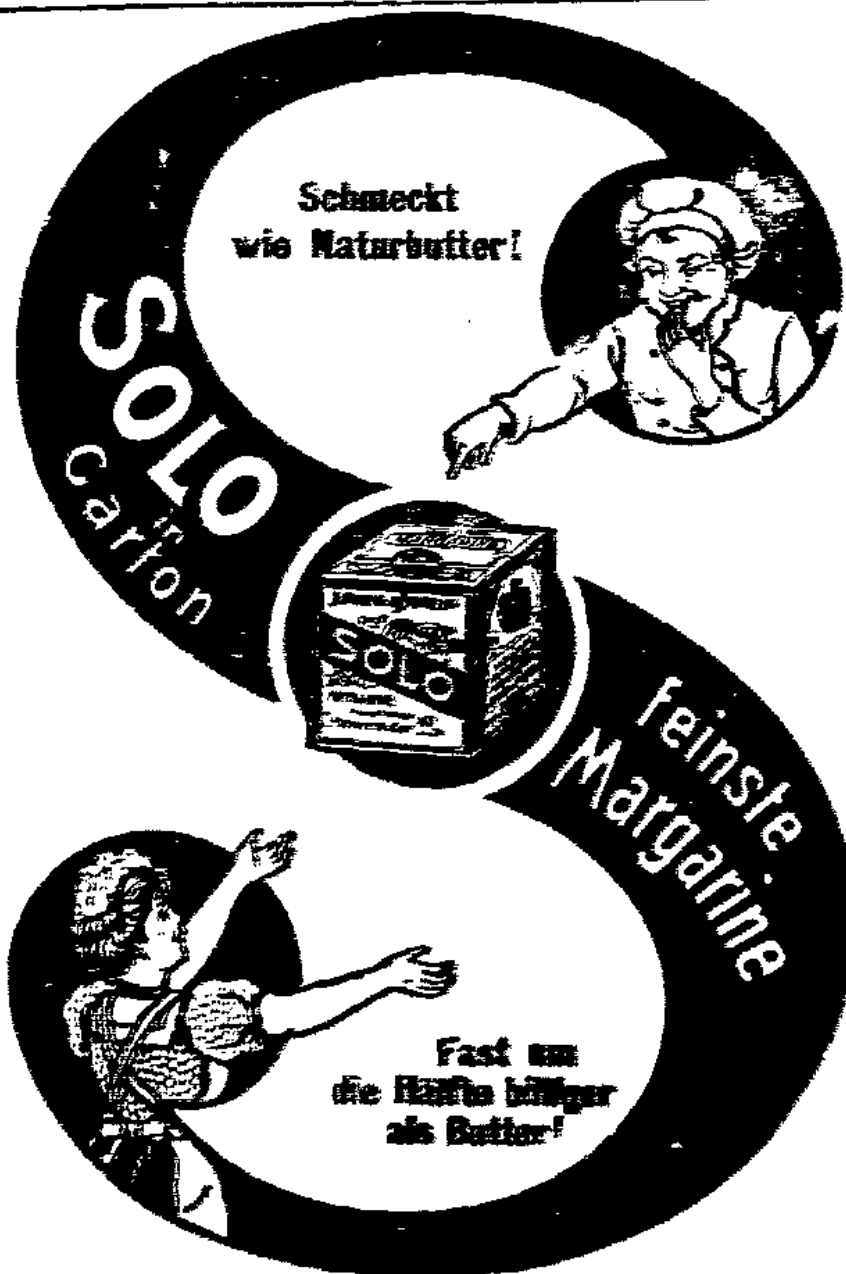
Freitag: 1. Literarischer Abend!

Philotas von Lessing.

Der Bürgergeneral von Goethe.

Der zerbrochene Krug von Heff.

Sonabend: Die verjaunte Glocke.



Deutscher Reichstag.

Originalbericht: des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 26. November 1907.

58. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Delbrück, v. Bethmann-Sollweg.

Ein schleuniger Antrag Albrecht und Gen. (Soz.) auf Einstellung eines gegen den Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.) schwebenden Privatklageverfahrens wird debattelos angenommen.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation Albrecht und Gen. (Soz.): „Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um der gemeinschaftlichen Steigerung der Kohlenpreise entgegenzuwirken, die auf dem gesamten Wirtschaftsleben und insbesondere auf der Lebenshaltung der Minderbemittelten schwer lastet“, in Verbindung mit der Interpellation Wendt-Labiau (Konf.): „Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um den Mißständen abzuwehren, welche sich aus dem jetzigen hohen Stande der Kohlenpreise ergeben?“

Handelsminister Delbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der ersten Interpellation erhält das Wort:

Mollenbuhr (Soz.): Die heutige Interpellation ist eine notwendige Ergänzung der Interpellation, über die wir gestern hier verhandelt haben. Die allgemeine Teuerung, die auf den minder bemittelten Volksklassen so schwer lastet, wird heute nur in einer etwas anderen Variation vorgetragen. Wenn der Abg. Held nicht so großes Bedacht gehabt, wenn ihn das Steinkohlenyndikat nicht abgeschüttelt hätte, sondern wenn er hier sich noch als Vertreter dieses Syndikats aufspielen könnte, dann würde er heute weiter nichts zu tun haben, als die gestrige Rede des Abg. Dr. Köstke zu wiederholen. Beide sind eben Interessensvertreter. (Sehr gut! b. d. Soz.) Auch bei der Beantwortung der Interpellation wird wohl heute vom Regierungssitz mit ganz ähnlichen Argumenten gearbeitet werden, wie gestern. Freilich ist ein Unterschied in den Ursachen der beiden Teuerungen, dort staatliche Zölle, hier künstliche Preissteigerung durch die Kohlenbarone. Aber schließlich kann es den Konsumenten ganz gleich bleiben, wenn sie ihr Brot teurer bezahlen müssen, aber wenn sie mehr Geld für die Teuerung auszugeben gezwungen sind. In beiden Fällen wird die Lebenslage herabgemindert. Wahrscheinlich werden die Herren Minister heute wieder antworten, daß auch diese Teuerung durch die gesteigerten Arbeitslöhne ausgeglichen wird. Dabei ist nur eins zu bemerken, nämlich, daß die Herren Minister immer nur auf die Löhne der Arbeiter in der Privatindustrie hinweisen. Man sollte doch annehmen, daß den Herren Ministern so viel näher liegen würde, uns mit den konkreten Zahlen der Löhne derjenigen Arbeiter zu dienen, die in den Staatsbetrieben beschäftigt sind, deren es nicht weniger als 87 000 gibt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Während nun am 16. Nov. 1906 der preussische Landwirtschaftsminister behauptete, die höheren Arbeiterlöhne seien in den letzten Jahren um zehn Prozent gestiegen, sagte der Bericht über die Ergebnisse der Reichseisenbahnen aus, daß von 34 verschiedenen Arbeiterkategorien bei 16 sogar noch Lohnherabsetzungen stattgefunden haben. Mit solchen Zuständen können die Minister doch keine Ehre einlegen! Sie tun ja ihrerseits auch alles, was darauf hinausläuft, um diesen Arbeitern die Möglichkeit, Lohnerhöhungen zu erzielen, zu hintertreiben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Deswegen enthält man ihnen das Koalitionsrecht vor. Und trotz der gestiegenen Kohlenpreise ist der Durchschnittslohn in den fiskalischen Bergwerken gestiegen, z. B. im Saarrevier von 1137 Mk. im Jahre 1891 auf 1114 Mk. im Jahre 1905. Wo wirklich Lohnsteigerungen eingetreten sind, sind sie nur scheinbar, sie sind nur eine Verflechtung des Lohnstandes, daß der Lohn für eine längere Arbeitszeit bezahlt ist. Dies wird ohne weiteres klar, wenn man den Lohn auf die gleiche geförderte Menge von Kohlen berechnet. Dem Herrn Staatssekretär des Reichsamt des Innern erwidere ich auf seine gestrige Ausführung, daß bei

den absolut gestiegenen Löhnen der Arbeiter die höheren Preise leichter bezahlen könne, daß das Durchschnittseinkommen wieder vieler Hunderttausender von Arbeitern ein so niedriges ist, daß der Hunger sich mit jeder Preissteigerung verschärfen muß. (Sehr wahr! bei den Soz.) über ein Nachlassen der Arbeitsfähigkeit der Arbeiter kann man sich unter derartigen Umständen nicht wundern. Die Taschen der Arbeiter hält man ja für unerschöpflich, in sie greift jeder hinein, die Regierung, die Agrarier, die Hausagrarier. Überall müssen die Arbeiter bei schwerer Arbeit entbehren, und dann darf man sich natürlich nicht wundern, wenn ihre Arbeitskraft zurückgeht. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Herr Staatssekretär hob gestern hervor, daß auch anderwärts die Getreidepreise gestiegen sind und prozentual sogar mehr wie bei uns. Dasselbe wird heute der Handelsminister wohl auch in bezug auf die Kohlenpreise sagen. Solche prozentuale Berechnung besagt doch aber sehr wenig. Es wird doch kein Mensch glauben, daß eine prozentuale geringere Preissteigerung weniger hart empfunden wird. Ob prozentual oder nicht, sie wird empfunden, was doch auch die von den Herren der Rechten eingebrachte ähnliche Interpellation besagt. Dies ist umso mehr der Fall, als Deutschland seit den siebziger Jahren eine enorme Steigerung des Kohlenverbrauchs aufzuweisen hat, was sowohl von Stein- als auch Braunkohle gilt. Wir haben zwar keinen Kohlenzoll in Deutschland, wenn es aber in diesem Lande gelingt, die allgemeinen Kohlenpreise zu steigern, so kann diese Steigerung nicht ohne Einfluß auf den Weltmarktpreis bleiben, da auf Deutschland annähernd der fünfte Teil der Weltmarktproduktion entfällt. Betrag der Steinkohlenpreis 1892 pro Tonne 8 Mk., so stieg er jetzt auf 11,75 Mk., und dies trotz der Veteuerung der Kohlenyndikate, stets die Interessen der Allgemeinheit zu wahren. Und der Fiskus? Er macht die Preissteigerung einfach mit, er ist eben fiskalisch. Trotzdem ist er mit seinen Löhnen nie auf die Höhe gegangen, die das Syndikat zahlt. Den Syndikatsherren paßt dies natürlich sehr gut, denn wenn der Fiskus für seine Produktion höhere Preise nimmt, kann man dem Syndikat doch nicht Mäher vorwerfen, und wenn die Lohnverhältnisse schlechter sind, als bei diesen, so ist es den Grubenherren leicht, bei Verhandlungen der Verstaatlichungsfrage vor den niedrigeren Löhnen und den sonstigen schlimmeren Zuständen in den fiskalischen Gruben zu warnen. Die von den Vereidigten des Syndikats betonten Vorzüge des Syndikats, wie Regelung der Produktion, Beseitigung der rückwärtigen Nachfrage, Ersparung von Transportkosten u. a. erscheinen auch uns vom sozialdemokratischen Standpunkt aus begrüßenswert, weil dadurch der Nachweis erbracht wird, daß auch unter kapitalistischen Verhältnissen sozialdemokratische Anschauungen geltend sind, denn ob an Stelle der lebenden Personen für den Gewinn der Staat an die Stelle tritt, das ist für die ganze Verwaltung gleichgültig. Jeder Bergmann wird begreifen, daß der Bergbau ebenso gut vor sich geht, wenn das Geld, das jetzt die Aktionäre in die Taschen stecken, der Allgemeinheit zugute kommt. Als Mittel zur Abhilfe gegen die Preissteigerung sind Ausfuhrzölle vorgeschlagen worden. Ich möchte dieses Mittel nicht empfehlen. 1900/01 hat man es in Großbritannien gehabt, hat es aber bereits am 1. November vorigen Jahres wieder aufgehoben. Will man Abhilfe schaffen, so muß man den Ursachen entgegenzutreten. Es müßten zunächst die Tarifverordnungen aufhören und dann müßte der Staat die Einführung des Maximalarbeitstages in die Hand nehmen. Dauern helfen kann man aber nur, wenn einmal der Bergbau aus dem Privatbesitz in Gemeinbesitz übergeführt ist. Nur wenn das Reich den gesamten Bergbau übernimmt, kann er so betrieben werden, wie es im gemeinsamen Interesse notwendig ist. Das Reich mit seinem Kohlenverbrauch für die Marine, die Staaten mit ihren Eisenbahnen, die Gemeinde mit ihren Gasanstalten, die alle sind daran interessiert, daß in dieser Richtung vorgegangen wird. Erst dann wird es gelingen, das stetige Wachsen der Überschüsse, die den Herren Aktionären in die Taschen fließen, auszuschalten. So lange der preussische Fiskus in seinen Bergwerken an seiner gegenwärtigen Politik festhält, so lange, glaube ich, werden wir mit steigenden Kohlenpreisen rechnen müssen. Nicht mit einer vorübergehenden Erscheinung, nein, mit einer andauernden haben wir es zu tun, denn die Herren Kirdorf und Genossen wollen sich von ihrem Gewinn

auch nicht das kleinste abschneiden lassen. Wirkame und dauernde Abhilfe kann nur die Enteignung dieser Herren gewähren. (Beif. Beif. b. d. Soz.)

Zur Begründung der konservativen Kohleninterpellation erhält das Wort

Graf Kanitz (Konf.): Die Getreidepreise können nicht mit den Kohlenpreisen verglichen werden, denn das landwirtschaftliche Kapital trägt nicht die hohen Gewinne, wie das Bergkapital. Ein Ausbau des Kanalsystems würde nicht preismindernd wirken. Unter den hohen Kohlenpreisen leidet schließlich die gesamte Volkswirtschaft. Wenn der Fiskus wollte, so könnte er auf die Herabsetzung der Preise wirken. Die Bergwerksherren haben ganz Westfalen polonisiert. Gegen die Auswüchse des Kohlenyndikats muß der Staat seine Machtmittel anwenden. In Amerika sind schon die Trübsal des Staat über den Kopf gewachsen. Möge der Staat sich seiner Macht bewußt sein. (Lebhafte Beifall rechts.)

Handelsminister Dr. Delbrück: Die Höhe der Kohlenpreise und die Unbequemlichkeit dieser Höhe kann nicht bestritten werden, aber wir haben schon teure Preise gehabt und z. Bt. ist die Kohle im Auslande noch teurer als hier. Man kann Fragen leichter aufwerfen als hören. (Allg. Zustimmung.) Allein an der Profitwut des Kapitals und dem Geist des preussischen Fiskus liegt es doch nicht. (Beif. u. Heiterkeit.) Die Produktionskosten sind höher geworden und nicht zum mindesten infolge der sozialen Gesetzgebung. (Lautes Lachen b. d. Soz.) Ferner hat die vermehrte Nachfrage preissteigernd gewirkt. Auch ist die Leistung der Arbeiter pro Schicht zurückgegangen. (Unruhe b. d. Soz.) Das Viechen Kohlenausfuhr kommt garnicht in Betracht. Die Wirtschaftsbetriebe fallen eben nicht mit den staatlichen Grenzen zusammen. Einem Kohlenausfuhrzoll werden die verbündeten Regierungen schwerlich zustimmen. Auf die Frage, ob das Syndikat bei Festsetzung der Preise die verständige Grenze überschritten hat, will ich nicht eingehen. Erst im Rahmen einer allgemeinen Kartellgesetzgebung wird es möglich sein, auf die Festsetzung der Preise seitens der Syndikate Einfluß zu nehmen. Dem Abg. Mollenbuhr gegenüber bemerke ich, daß ich es aus grundsätzlichen Erwägungen hier ablehnen muß, über Maßnahmen Rechenschaft abzulegen, die die preussische Bergverwaltung innerhalb ihrer gesetzlichen Kompetenz trifft. Mit aller Energie muß ich aber der Behauptung entgegenzutreten, daß der preussische Fiskus als Arbeitgeber schlimmer Ausbeutung frönt. (Stürmisches Lachen b. d. Soz.) Wir sind weit davon entfernt, die Bergarbeiter in ihrer politischen Freiheit zu beschränken. (Lachen b. d. Soz. Zuruf: Hilfer.) Der Staat und die sogenannten herrschenden Klassen treiben keine Ausbeutung. (Beifall rechts und b. d. Natlib.)

Auf Antrag Singer (Soz.) wird Besprechung der Interpellationen beschlossen.

Giesberts (Z.) wendet sich gegen den Kohlenausfuhrzoll, verlangt aber Beseitigung der Ausfuhrermäßigungen für Kohlen. Die Syndikatsherren verbreiten durch ihre unsoziale Politik Erregung unter den Bergarbeitern. Wenn das Syndikat die Preise künstlich, auch bei sinkender Konjunktur hochhält, so müssen Reichstag und Regierung ihm entgegenzutreten. (Bravo! im Zentr.)

Kämpf (Fpdt.): Die Teuerung der Kohlen und die Teuerung der Lebensmittel ist die natürliche Folge der von uns stets bekämpften Zollpolitik. Auf Ausfuhrzölle lassen wir uns nicht ein. Wir sind keine prinzipiellen Gegner der Syndikate, müssen ihnen aber warnend zurufen Maß zu halten, damit sie nicht den Anspruch verlieren, ein berechtigter Faktor im Wirtschaftsleben zu sein. (Bravo bei den Freil.)

Strejemann (M.): Die sozialen Anschauungen des rhein-westf. Syndikats werden keineswegs in der ganzen deutschen Industrie geteilt. (Sehr richtig! b. d. Natlib.) Der preussische Staat hat Lieferungsverträge auf 3 Jahre zu den gegenwärtigen Preisen abgeschlossen. Er rechnet also nicht mit einer Herabsetzung der Preise. (Hört, hört.) Eine Verstaatlichung seitens der Bergwerke scheint mir wenigstens z. Bt. noch nicht angebracht zu sein. Jedenfalls muß die Regierung durchgreifende Maßnahmen gegen die Kohlennot ins Auge fassen. (Bravo b. d. Natlib.)

Ein verlauntes Leben.

Erzählung von Octavio Burger.

(45. Fortsetzung.)

Schon in den folgenden Nächten waren in Braunschweig noch mehrere Einbrüche und Diebstähle vorgekommen und bei allem war nicht die geringste Spur der Täter zu entdecken.

Daß all jene Einbrüche und Diebstähle, welche aus allen Teilen des nördlichen Deutschlands verlauneten, durch eine große Bande ausgeführt waren, daran zweifelte niemand, auch die Gerichte und die Polizei nicht, allein trotz all ihren Bemühungen waren sie nicht einmal imstande, die geringste Spur aufzufinden.

Die Beforschnis steigerte sich mit jedem Tage.

In einem Wirtschaftshaus in Lüneburg war ein feiner Herr, ein Herr von Mosel, ein Edelmann aus Sachsen mit einem Jäger und mehreren Dienern in reicher Livree, eingekerkert. In einem eigenen Wagen war er gekommen, während seine Diener auf eigenen Pferden ritten. Der Herr hatte mehrere Zimmer für sich und zwei für seine Leute bestellt.

In zuvorkommendster Weise hatte der Wirt ihn aufgenommen. Täuschte ihn nicht alles, so hatte er es mit einem sehr reichen Herrn zu tun und solche Leute pflegten selten bei ihm einzufahren.

Der Herr war ein Mann von mittleren Jahren und mittlerer Größe. Er trug einen feinen braunen, mit Fels gefütterten Rock. Sein Auftreten war sicher, ruhig, fest. An seinen Fingern glänzten wertvolle Brillanten.

Sein Jäger war eine feine, lange Gestalt in grauem Rocke mit grünen Aufschlägen, einen Hirschfänger an der Seite.

Schon mehrere Tage lebten sie in dem Wirtschaftshaus und an Geld fehlte es ihnen nicht. Der Herr hatte kaum ein einziges Mal sein Zimmer verlassen. Der Wirt hatte, so oft er zu ihm gekommen war, ihn stets mit Büchern beschäftigt gefunden. Bücher lagen auf dem Tische und den Stühlen.

„Es ist ein gelehrter Herr“, sprach der Jäger zum Wirt, als dieser sein Erstausreden darüber ausdrückte. „Er könnte leicht und in Freude leben, denn an Geld fehlt es ihm nicht, allein er kann sich von den Büchern nicht trennen. Tag und Nacht sitzt er darüber und er reißt nur deshalb im Lande umher, um überall die Sätze auf den Büchertischen und in

den Archiven kennen zu lernen. Ich hätte keine Lust zu einem solchen Leben.“

Auch in Lüneburg hatte der Herr von Mosel bei der städtischen Behörde nachgeschaut, das Stadtdarchiv benutzen zu dürfen und dies war ihm gestattet.

Anders lebten seine Diener. Sie aßen wie große Herren und zechten in dem Gastzimmer den ganzen Tag bis in die Nacht hinein. Die besten Weine mußte der Wirt ihnen bringen und er tat es gern, denn sie bezahlten sofort und warfen mit Goldstücken um sich.

„Einer muß das Geld unter die Leute bringen!“ riefen sie, als der Wirt sein Erstausreden darüber ausdrückte. „Da unser Herr es nicht tut, haben wir es unternommen, und ihm ist es recht. Fragt ihn selbst darum und er wird Euch sagen, daß er damit zufrieden ist. Er gibt uns ja das Geld dazu!“

Und der Wirt war noch mehr damit zufrieden. Es erschien ihm freilich sonderbar, daß die Diener besser lebten als ihr Herr, daß sie auf sehr vertrautem Fuße mit ihm lebten — was ihm merkwürdig war, so lange sie bezahlten.

Tag auf Tag ging das lustige Leben fort. Wieder saßen die Diener des Herrn von Mosel, zu denen sich noch mehrere lustige Gesellen, welche in der Harburger Herberge in Lüneburg eingekerkert waren und welche die Diener von früher her zu kennen schienen, gefest hatten, in der Gaststube lustig zechend. Flasche auf Flasche hatten sie bereits geleert.

Ein Fremder trat in das Zimmer, ein bereits besetzter Mann, dessen tiefliegende Augen, eingefallene Wangen und abgenutzte Kleidung deutlich genug verrieten, daß es ihm nicht gut erging. Einen flüchtigen, schänen Blick warf er durch das Zimmer. Er schien einen tüchtigen Marich an dem Tage gemacht zu haben, denn gänzlich erschöpft sank er auf einem Schemel zusammen.

Mit unwilligen Blide hatte ihn der Wirt betrachtet. Er trat zu ihm und fragte ihn kurz nach seinem Begehre.

„Gebt mir ein Nachtlager und ein Nachtessen“, erwiderte der Fremde — „ich bin weit gegangen heut und gänzlich erschöpft!“

„Hoh! Mein Wirtschaftshaus ist nicht für einen jeden!“ rief der Wirt. „Ihr seht, daß ich keine Gesellschaft habe und Ihr seht mir nicht danach aus, als ob Ihr Nachtessen

und Nachtquartier bezahlen könntet. Laß mich erst einmal in Euren Beutel sehen, dann will ich Euch sagen ob ich ein Quartier für Euch habe oder nicht.“

„Muß das ein jeder, der bei Euch einkehrt?“ warf der Fremde fragend ein.

„Nein, nicht ein jeder, sondern nur der, dem ich's anschau, daß sein Geldbeutel noch leerer ist als sein Magen. Habt Ihr Geld, dann zeigt es!“

Das niedergeschlagene Gesicht des Fremden verriet nur zu deutlich, daß er kein Geld besaß. Er schwieg.

„Haha! Ich müßte nicht länger als dreißig Jahre Wirt sein“, fuhr der Wirt fort, „wenn ich es nicht einem jeden Vogel anschauen wollte, wie es mit seinem Geldbeutel beschaffen ist. Ihr seid bei mir an den Unrechten gekommen. Sucht Euch ein anderes Wirtschaftshaus aus, wo der Wirt dumm genug ist, Euch auf Euer Gesicht Nachtessen und Nachtquartier zu geben. Ich tus nicht!“

Die Brauen des Fremden zogen sich zusammen. Er warf dem Wirt einen finstern, drohenden Blick zu und schien nur noch mit Gewalt heftige Worte zurückzuhalten. Langsam erhob er sich dann, um das Zimmer zu verlassen.

„Bleibt hier!“ rief ihm der Jäger des Herrn von Mosel zu. „Ich werde für Euch bezahlen. Der Wirt ist kein Lebtag noch nicht hungrig und ermüdet gewesen, sonst würde er Mittel mit Euch haben, ich gönne es ihm, daß er es noch kennen lernt, wie weh der Hunger tut und zumal der Durst! Gebt dem Manne, was er verlangt und eine gute Flasche Wein dazu — ich bezahle es!“

Der Wirt war damit einverstanden und verließ das Zimmer.

Noch hatte der Fremde kein Wort erwidert.

„Ich nehme es von Euch an“, sprach er, an den Jäger herantretend. „Es wäre mir schwer geworden, wenn ich ein anderes Nachtquartier hätte suchen sollen — ich bin sehr ermüdet und habe heute noch nichts gegessen.“

„Da wird es Euch schmecken!“ rief der Jäger. „Und Ihr habt auch kein Geld?“

Der Fremde schwieg.

„Haha! Geht es nur“, fuhr der Jäger fort. „Das ist mir schon öfter begegnet, daß ich ärmer als eine Kirchengmaus gewesen bin! Ich meine indes, man darf deshalb den Kopf nicht sinken lassen! Hier seht Euch zu mir — trinkt diesen Becher Wein — der wird Eure Lebensgeister

Behrens (Wg.): Es ist nicht wahr, daß die Leistung der Bergarbeiter gesunken ist, sie ist vielmehr gestiegen. (Hört, hört! h. d. Sog.) Seitdem ist leider auch die Zahl der Unfälle und Krankheiten. Die Löhnerhöhung wird mit der Verlängerung des Lebensdauer teuer erkauft. 1851 betrug die Invaliditätsziffer 55 Jahre, jetzt nur 45 Jahre. Ist das national, wenn das Syndikat auf deutschem Boden durch ausländische Arbeiter Kohlen für das Ausland graben läßt und mit ihnen die Konkurrenzfähigkeit der ausländischen Industrie steigert? Unser Ziel muß die Verstaatlichung des Bergbaues sein.

Dr. Höffel (Apt.) gibt die Forderung zu, verweist demgegenüber aber auch auf die Steigerung der Löhne. Jetzt, wo der inländische Bedarf nicht gedeckt werden kann, entbehren auch die Ausführungsverhältnisse aller Berechtigung.

Karlsruhe (Voll): Die großen Gewinne sind nicht den Arbeitern zugute gekommen, sondern lediglich in die Taschen der Grubenbesitzer geflossen.

Hg. Gothein (Arch. Vg.): Die einstimmige Billigung der Tarifpolitik in bezug auf die Kohlen wird hoffentlich die Regierung zu schleimigen Maßnahmen veranlassen. Gewiß hängt die Preissteigerung auch mit der Steigerung der Löhne zusammen; aber diese sind nicht in demselben Verhältnis gestiegen wie die Lebensmittel. Der Minister hat erklärt, daß die Bergarbeiter in ihrer politischen Betätigung nicht beeinträchtigt werden sollen. Hoffentlich greift diese richtige Auffassung auch in anderen Ressorts Platz, sobald künftig nicht mehr Vorkämpfe auf ihre geheime Abstimmlung kontrolliert werden. (Lebhaft. u. lebhafter Beifall links.)

Ein Vertagungsantrag wird angenommen.

Hg. Due (Sog.) vertritt, erklärt in einer Erwiderung auf eine Ausrufung des Ministers Selbstredend, er werde bei späterer Gelegenheit den Nachweis führen, daß in der Tat eine Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiter in den staatlichen Bergwerken stattfindet.

Präsident Graf v. Helldorf ist für die Vertagung des Tagesordnungsartikels.

Hg. Singer (zur Geschäftsordnung): Ich will für morgen nicht widersprechen. Ich bin aber dringend, daß hinsichtlich regelmäßiger Sitzungen abgehalten werden. Auf diese Weise wird am besten dem im Lande auftretenden Verdacht vorgebeugt, daß der Disziplin zur Verletzung der Gesetze führt. (Hört, h. d. Sog., lebhaft.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Mittwoch 1 Uhr. (Beif. der Vertagung der Verhandlungen und kleinere Vorlagen.)

Vom sozialdemokratischen Preußenparlament.

Am letzten Tag, nach der preussische Parteitagung, wurde von der Seite der zur Frage der Landesorganisation einbezogenen Kommissionen berichtet. Der preussische Landesorganisation eine von Parteimitgliedern unabhängige Kommission in Form eines Landesverbandes zu geben, hat die Kommission in ihrer Mehrheit abgelehnt. Genosse Dr. Arens nahm im Antrag vor, daß nach der Vertagung wieder in ununterbrochener Sitzung am 17. gegen 20 Stimmen für die einstimmige Ablehnung. Die der Kommissionenkommission ergriff, bereits den Delegationsmodus zum vorläufigen Rat. In Stelle des Delegationsmodus wird die für den allgemeinen Parteitag geltende Bestimmung, daß jeder Parteimitglied mehr als drei Delegierte entsenden darf. Damit ist die preussische Landesorganisation geschaffen, die unter Genossen innerhalb der preussischen Grenz wähle im Kampf gegen die reaktionäre Politik wichtige Dienste leisten wird.

Dem beschließende der Parteitag ist mit Fragen, die ebenfalls aus der preussischen Staats- und Verfassungsreform hervorgehen. Die Lage der Staatsarbeiter in Preußen ist nach Genosse Regien, der in seinem geschäftlichen Vortrag die in den preussischen Staatsverträgen bestehende Mängelhaftigkeit gegen die Angehörigen und Arbeiter geäußert. Nach einem Rückblick sollten die Staatsarbeiter zu Arbeitervereinen zusammengefaßt werden. Über dieses in dieser Hinsicht noch zu tun ist, legte der Vortrag an der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials dar. Diese „Arbeitervereine“ müßten in anderer Hinsicht: die Masse und zum Teil mitglieder als in Arbeitervereine; dafür haben die Staatsarbeiter eher eine andere: die Arbeitervereine, zum Teil als gewerkschaftlich oder gar politisch betriebl. Der preussische Staat ist der größte Arbeitgeber der Welt, denn allein in seinen Eisenbahnen und Bergwerken sind über eine halbe Million Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Die zum Teil handwerklichen Betriebe werden am besten durch die Gewerkschaften, die unter der Aufsicht der preussischen Arbeitervereine, der unter der Aufsicht der Arbeitervereine auch die Beschaffung der landwirtschaftlichen Arbeiter (das Recht der gewerkschaftlichen Arbeiter und der politischen Betätigung) für die Gewerkschaften und Arbeitervereine. Nach dem

weiteren nachzuweisen, dass der Staat nicht nur, als ob der Staat nur ein Arbeitgeber ist, sondern auch ein Arbeitgeber sein muß.

Der zweite Teil des Vortrags war dem Vortrags und dem Vortrag auf dem Tag. Er wies auf die Lage hin.

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

Aussprache fand die Resolution einstimmige Annahme, und es wurde beschlossen, die Rede des Genossen Regien als Vorkämpfer unter den Staatsarbeitern zu verbreiten.

Der letzte Punkt: Selbstverwaltung und Gemeinde, behandelte Genosse Dirich-Charlottenburg, einer der besten Kenner dieser Materie. Abgesehen von untergeordneten Punkten, besteht die Selbstverwaltung der Gemeinden nur auf dem Papier. Die Rückständigkeit des Polizeistaats Preußen spiegelt sich deutlich in den Einrichtungen über Gemeinden wider, deren Verfassung von nicht weniger als 16 Städteordnungen bestimmt wird. Eine freie Gemeindeverfassung kann und wird selbstverständlich nur von einer demokratischen Volksvertretung geschaffen werden, in die das Dreiklassenparlament umgewandelt werden muß. Auch bei diesem Punkte wurde die liberale Doppelzüngigkeit gebührend beleuchtet. Die vom Referenten zur Annahme empfohlene Resolution verpflichtet die Genossen, in dem bevorstehenden Wahlrechtskampf auch die Forderung des allgemeinen, gleichen direkten und geheimen Gemeindevahlrechts und der Aufhebung aller die Befugnisse der Kommunen einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen zu propagieren. Nach kurzer Debatte, in der Genossin Wenzl-Berlin viele Argumente für die Mitwirkung der Frauen auf kommunalem Gebiete anführte, wurde die Resolution Dirich einstimmig angenommen, ebenso ein Zusatzantrag, der es den Genossen zur Pflicht macht, an allen Orten, wo es irgend möglich ist, für die Stadtwahlrechtsänderungen zu agitieren und sich durch Aufstellung eigener Kandidaten an diesen Wahlen zu beteiligen.

In hereditären Worten begründete Genossin Zieh eine Sympathierevolution für den im Interesse der Klassenstaatsräuigen zum Opfer gefallenen „Antimilitaristen“ Genossen Liebknecht, dem man auch noch, wie das ein gegen ihn eingeleitetes Verfahren beweist, die fernere Ausübung seines Berufs unmöglich machen möchte. Ohne Debatte wurde diese Resolution einstimmig angenommen.

Damit waren die Arbeiten dieses Parlaments erledigt. In wüchigen Worten sagte der Vorsitzende, Genosse Singer, die Ergebnisse der dreitägigen Verhandlungen zusammen, wobei er unter lauter Zustimmung aller Anwesenden der überzeugung Ausdruck gab, daß die Genossen nicht eher ruhen und rufen werden, bis der Schusswaff der preussischen Reaktion zertrümmert und die Dreiklassenwahlrechtsmach durch das von uns geforderte Wahlrecht ersetzt sein wird. Die preussischen Genossen werden ihre Kampfeskraft immer noch der jeweiligen Situation einrichten. Der Beifall steigerte sich noch, als Genosse Singer, auf den Ernst der Situation verweisend, ausführte: „Mag der Kampf Opfer kosten: so schlimm und bedauerlich das sein mag, aufhören wird dieser Kampf nicht eher, als bis die Siegesfahne über den zerrümmerten Waisentisch des schmachvollen Dreiklassenwahlrechts aufgejagt ist.“ Auch darin pflichten wir dem Redner bei, daß der Kampf der preussischen Genossen für ganz Deutschland von großer Bedeutung ist und daß daher die anderen deutschen Genossen mit jenen gemeinsam den Kampf führen werden.

Soziales und Parteileben.

Weiterer Zusammenhalt von Arbeiter-Organisationen. Die „Arbeiter-Zig.“ berichtet: Ende vorigen und Anfang dieses Jahres haben sich in den verschiedensten Gegenden Deutschlands Ziegeleibereiner (Arbeiter-Verände der Ziegeleindustrie) gebildet. Ein Zusammenhalt aller dieser Vereine war schon seit längerer Zeit ins Auge gefaßt; aber erst vor einigen Tagen konnte ein solcher Vertreterversammlung in Düsseldorf der Zusammenhalt zu einem Zentralverbande für ganz Deutschland beschlossen werden. Folgende Vereine erklärten sofort ihren Beitritt: Verband rheinisch-westfälischer Ziegeleibereiner mit dem Sitz in Dortmund, Arbeitgeberverband der Ziegeleier Rheinlands, Sitz Köln, Ziegeleibereinerverband Schleswig-Holstein und der Hamburger Verband. Außerdem lagen noch zahlreiche schriftliche Beitritts-Erklärungen von Vereinen und Verbänden aus den übrigen Teilen Deutschlands vor, so daß eine wirksame Interessensvertretung der gesamten Ziegeleindustrie geschaffen ist. Zweck des Zentralverbandes ist die Vereinigung der Ziegeleibereinerverbände zur Wahrung und Förderung gemeinsamer Berufsinteressen, die Herbeiführung und Pflege geistlicher Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Er soll dementsprechend eine vorzügliche und ausgleichende Tätigkeit bei allen, das friedliche Verhältnis störenden Umständen zum Ziel haben. So der neue Verband seinen Sitz haben wird, ist nach umgekehrt: verständig ist eine Kommission für die Ausarbeitung der Statuten gewählt, der auch die provisorische Leitung übertragen ist.

Zerstückelungsbestrebungen. Die Stenotypisten und Stenotypistinnen, eine der am besten ausgebildeten und schicklichsten unter den Bureauarbeitern, sollen zum Nutzen ihrer Arbeitgeber sich zu einem neuen Organisationsverbande mitbestimmen lassen. Die Veranlassung eines solchen Nachschubs, Deutung des Standes und Reform der Zerstückelung sind die Hauptaufgaben, die sich ein

Der Fremde nahm dies an. Traulich ließ er sich das Gewand schmecken, welches der Wirt ihm brachte. Ein ganz neuer Geist war durch den Wein in ihm gekommen.

Der Jäger begann mit seinem Kameraden ein Kartenspiel. Karten und Goldstücke lagen auf dem Tische.

„Ein glühendes, leuchtendes Augen blickte der Fremde zu dem ganzen Interesse war durch das Kartenspiel in Anspruch genommen. Selbst der Wein vergaß er.“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

„Ich habe auch schon früher diese Punkte“

nor kurzem gegründeter Verband der Stenotypisten und Stenotypistinnen Deutschlands gesteckt hat. Durch Einführung von Prüfungen, bei denen die Silbenzahl, die der Angestellte im Stenographieren und Maschinenschreiben leistet, eine große Rolle spielt, will man die angeblich in großer Anzahl vorhandenen minderwertigen Arbeitskräfte aus der Welt schaffen und die verbandseitig auf ihre Silbenleistung gezielten Angestellten dann in gute Stellungen hineinschieben, für die nach der Leistung des Bewerbers abgestufte Gehälter gefordert werden sollen. Die Art, wie die Macher des neuen Verbandes eine Hebung des „Standes“ herbeiführen wollen, geht darauf hinaus, eine ernsthafte Schädigung der Interessen der Bureauarbeiter herbeizuführen. Die Zerstückelung in eine Menge von Vereinen und Verbänden ist in diesem Berufe bereits derart groß, daß eine weitere Gründung nicht entschieden genug bekämpft werden kann. Überdies können die Interessen der Stenotypisten, die doch nur Teilarbeiter im modernen Bureaubetriebe darstellen, nicht durch eine Sonderorganisation, sondern nur durch einen Verband vertreten werden, der sämtliche Bureau- Angestellten in sich vereinigt. Eine solche ist der Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Sitz Berlin, Schindstraße 33). Dieser auf dem Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung stehende Verband ist die einzige Organisation, die willens und in der Lage ist, die Interessen aller Bureauarbeiter, auch der Stenotypisten, zu vertreten. Deshalb Bureau-Angestellte, aufgeräumt mit den Zerstückelern und hinein in die gewerkschaftliche Organisation! Einigkeit macht stark!

Aus Nah und Fern.

Raubanfall. Aus Breslau melden dortige Blätter: In der Nacht zum Sonntag ist der Bierfischer Quitt von der Brauerei Fulde in Sacrau bei Hundsberg auf dem Heimweg in der Nähe der Carlwitzer Klöster von drei Männern überfallen, durch zahlreiche Messerschläge tödlich verletzt und beraubt worden. Quitt starb bald darauf. Den Räubern sind ungefähr 170 Mark in die Hände gefallen.

Verbraut. Aus Mittelwalde (Schlesien) wird berichtet: In dem benachbarten Rotwasser brannte die Wohnung des Häuslers Lauffer vollständig nieder. Die Bewohner lagen beim Ausbruch des Feuers im tiefsten Schlaf. Sie wurden jedoch durch das laute Wellen des Haushundes geweckt. Der Hund kam in den Flammen um. Bei dem Versuch, eine Kuh aus dem Stall zu retten, verbrannte der Besizer. Seine verkohlte Leiche wurde unter den Trümmern gefunden.

Die Eisenbahnkatastrophe auf der Brohltalbahn. Die Untersuchung über die Ursache des Unfalles auf der Brohltalbahn am 1. d. M. nimmt einen großen Umfang an. Es werden Leute vernommen, die über die Zustände in der Betriebsführung Beobachtungen gemacht haben. So bot man, wie die „Frankf. Zig.“ mitteilt, am 31. Oktober einem Arbeiter aus Niedersissen freie Fahrt an, wenn er unterwegs die Bremsen mit bedienene wolle. Der verunglückte Zugführer Weber weigerte sich schon drei Tage vor dem Unfälle, mehrere beladene, in Brent stehende Wagen mit nach Brohl zu nehmen. Am 31. mußte er sich der Anordnung der Betriebsleitung fügen. Es war seine Todesfahrt, wie er angekündigt hatte. — Neulich hatte man es sehr eilig, den schuldlosen Lokomotivführer zu verhaften, mußte ihn aber nach einigen Tagen wieder entlassen. Wie wäre es, wenn sich die Staatsanwaltschaft einmal der verantwortlichen Personen aus der Betriebsleitung verscherte? Hoffentlich bringt die Untersuchung volle Klarheit, damit nicht, wie so oft, die wirklich Schuldigen unbehelligt bleiben.

Wer hat geschossen? In Bad Jmnau (Hohenzollern) wurde Sonntag nachmittag auf einem Spielplatz ein dreijähriger Knabe durch einen Schuss in die Brust getötet. Wer den Schuss abgegeben hat, ist noch nicht ermittelt. Hoffentlich gelingt es, den unvorsichtigen Schützen dingfest zu machen.

Wegen Durchstechereien wurden zwei Aufseher des Gerichtsgefängnisses in Frankfurt a. M. verhaftet.

Zum Selbstmord Theodor Vertram. Über die näheren Umstände des Selbstmordes des Sängers und die nun möglichen Gründe, die zu der Tat führten, liegt folgende Meldung vor: Vertram war in den letzten Wochen wiederholt und auch am Freitag und Sonnabend in Bayreuth. Am Schluß der letzten Bayreuther Festspiele 1906 war es zwischen ihm und der Festspielverwaltung zu ernstlichen Differenzen gekommen. Der Grund lag in der notorischen Geldverlegenheit des Künstlers, aus der die Verwaltung der Festspiele, an der Grenze des Möglichen einmal angelangt, ihn nicht mehr retten konnte. Vertram trat vor seiner Abreise dem Vorsitzenden der Festspielverwaltung in so brutaler Art entgegen, daß man sich sagen mußte, es werde trotz des künstlerischen Verlustes wohl kaum mehr zu einer Berufung des Künstlers nach Bayreuth kommen können. Vielleicht gibt die Wahrheitlichkeit, daß dem Künstler ein endgültige Absage gegeben worden sein mag, im Zusammenhang mit der Niederlage Vertrams seit dem Tode seiner Frau beim Untergang der „Berlin“ vor Hook von Holland und ferner im Zusammenhang mit seinem chronischen Alkoholismus, der ihm am Abend vor der Tat noch zu schaffen machte, eine Erklärung für das tragische Ende des Künstlers. Vertram hat sich bis auf die notwendige Nacht toilette entkleidet, am offenen Fenster so aufgehängt, daß er von dem weiten Bahnhofplatz vor dem Hotel, gleichsam aller Öffentlichkeit zur Schau gestellt, morgens von den zahlreichen Passanten des am Sonntag sehr belebten Platzes gesehen werden mußte. Die Tat wurde denn auch in kürzester Zeit in der ganzen Stadt bekannt, zumal der Künstler von aller Welt gekannt war.

Eisenbahnunglück. Auf dem Bahnhof Bormersheim fand ein Zusammenstoß zweier Güterzüge statt. Ein Heizer wurde schwer verletzt. 17 Wagen wurden zertrümmert.

Der Automobilprok. Ein sonderbarer Herr scheint der in Dresden wohnende Fabrikant Wähler zu sein. Die Firma betreibt in Sportitz eine Fabrik. Aus diesem Orte meldete sich eine Arbeiterin zur Arbeit in der Wählerischen Fabrik. Sie bekam darauf auf einer Postkarte folgenden Bescheid: „Ich muß Ihnen leider mitteilen, daß ich mich entschlossen habe, vorläufig die Gemeinde Sportitz weder direkt noch indirekt irgendwie zu unterstützen, nachdem mir der dortige Gemeindevorstand Schertz und Gasthofbesitzer Kriebel zu einem Straßmandat verurteilt haben. Wenn ich meine Arbeitsleute alle gut bezahle, dann kann ich nicht noch Automobilstrafen bezahlen, zumal ich als vorichtiger und verständiger Führer überall bekannt bin.“

Hochachtungsvoll

A. Wähler u. Comp.

Dieses Schreiben ist mehr als originell. Weil der Gemeindevorstand von Sportitz wahrscheinlich seine Pflicht gewissenhaft erfüllt, will Herr Wähler die dortigen Arbeiter von seiner Fabrik ausperren. Glaubt er auf diese Weise etwa ungehinderte Freiheit für Automobilfabrikation zu erlangen?

Verantwortlicher Redaktor: Joh. Stellung

Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Negele u. Co.

Sämtlich in Lübeck.

